

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 80 S.
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 15. Juli 1899.

Inserate die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 80 S
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Die Metallarbeiter in der Denkschrift. — Der auswärtige Handel. — Sächsisches Material zur Zuchthausvorlage. — Vom Schiffsbau. — Englischer und amerikanischer Lokomotivenbau. — Gewinnbeteiligung der Arbeiter. — Eine Selbenthat der Kieler Polizei. — Der Ausstand der Formier und Gießereiarbeiter in Torgelow ist beendet. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. Quittung über die im Juni eingegangenen Verbandsgelder. — Korrespondenzen. — Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter: Bekanntmachung des Vorstandes. — Rundschau. — Literarisches.

Zur Beachtung.

Zugang ist fernzuhalten:

- von Aluminiumschlägern nach Schwabach Str.;
- von Bauschlossern nach Heidelberg;
- von Drehern nach Pülken in Rhld. (Donnar), nach Reichenbach im Bgl. (S. C. Braun);
- von Drehern, Hoblern und Schloßern nach Crimmitschau, nach Pöhlen (Sächs. Gußstahlfabrik);
- von Feingoldschlägern nach Nürnberg und Schwabach Str.;
- von Flachsner (Klempnern) nach Kiel L., nach Lübeck L., nach Stuttgart Str.;
- von Formern und Gießereiarbeitern nach Alt- und Jengersdorf (Oberlausitzer Eisengießerei Thiele u. Lindner), nach Bismarckwerda (F. A. Große) D.; nach Pülken Str., nach Gera D., nach Görtitz (Görtitzer Maschinenfabrik), nach Heilbrunn (Wolf), nach Lauchhammer, Preßen-Gröbitz, Burghammer und Riesa M., nach Leipzig und sämtlichen Vororten Str., nach Ludw. M., nach Nürnberg (Schubert), nach Pöhlwein i. S. (Sternkopf & Kluge) D. nach Stuttgart, nach Torgelow Str., nach Zuffenhausen (G. Kuhn) Str.;
- von Temperformern nach Bielefeld (W. Kramer) D.;
- von Maschinenschloßern nach Crimmitschau (Kettling und Braun);
- von Metallarbeitern nach Helsenkirchsen-Schalke M., nach Leipzig-Lindenau (Jäger u. Ko.) Str., nach Ragnitz (H. G. v. m. Herbrand) L.;
- von Monteuren nach München (G. Huber);
- von Silberschlägern nach Pöhl und Schwabach Str.;
- von Stemmern nach Hensburg (Schiffsbaugesellschaft) Str.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; N.: Lohn- oder Akkord-Reduktion.)

Die Metallarbeiter in der Denkschrift.

Neben den Bauarbeitern sind es die Metallarbeiter, die in der berühmten Denkschrift zu der bereits hingewiesenen Zuchthausvorlage einen breiten Platz einnehmen. Zwei Duzendmal ist von den Metallarbeitern die Rede, aber ungefähr die Hälfte davon entfällt allein auf den Torgelower Streik, der, wie immerhin, gleichzeitig von einer ausgedehnten Aussperrung der dortigen Metallarbeiter begleitet war, wovon aber die wahrheitsliebende Denkschrift selbstverständlich nichts weiß, wie sie auch die kapitalistische Brutalität, welche die Kämpfe zur Folge hatte, mit keinem Worte erwähnt. Mit besonderer Vorliebe werden die in Torgelow vorgekommenen Ausschreitungen verwerthet; alle Augenblicke erscheint Torgelow, das eine Mal mit größerer Wichtigkeit vorgebracht als das andere Mal. In Torgelow reißt sich Lübeck, wo es bekanntlich beim Konflikt in der Thiel'schen Fabrik ebenfalls zu Zusammenstößen kam; sodann folgt Güstrow, Bielefeld u. und jeder einzelne dieser Fälle erscheint immer wieder auf's Neue, so daß der dreisinnige Benzmann recht hatte, als er im Reichstag sagte, man müsse die in der Denkschrift angehäuften Fälle mit 20 dividiren, um die effektive Zahl zu finden.

Wir reden einleitend von der hingewiesenen Zuchthausvorlage; es ist in der That alle Welt darüber einig, daß die viertägigen Reichstagsdebatten eine

moralische Hinrichtung des polizeilich-scharfmacherischen Wechselbalges waren. Aber er liegt noch nicht definitiv am Schinderanger und die Scharfmacher sind seit der Vertagung des Reichstages fleißiger und wüthender als je am Schleifstein, um die reaktionären Mächte auf's Neue gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter scharf zu machen. Zu diesem verwerflichen Zwecke ist auch der mehrtägige Streik der unorganisirten, undisziplinierten und ungeschulten jungen polnischen Bergarbeiter im Bochumer Bezirk ausgeschlachtet worden, obwohl er nebst seinen Begleiterscheinungen gerade gegen die Zuchthausvorlage spricht. Alle organisirten Bergarbeiter bekämpften den Streik, sie warnten vor demselben, aber die jungen Polen hörten und lasen all' das nicht. Und als sie die Organisirten aufklären wollten, verbot die Polizei die Versammlungen oder löste sie ohne Grund auf. Gerade diese Vorgänge bestätigen auf's Neue die alte Erfahrung, daß die Polizei in sozialen Dingen immer eine ungeschickte und unglückliche Hand hat und daher die erste Proklamation in diesen Kämpfen immer an die Polizei gerichtet sein sollte mit dem Rufe: Die Hände weg! Daher auch nicht mehr Polizei, mehr Reaktion, mehr Zuchthaus, sondern mehr Freiheit und Fortschritt!

Wie im Einzelnen die Denkschrift die Metallarbeiterbewegung der letzten Jahre für ihre dunklen und arbeiterfeindlichen Zwecke ausschlachtet, soll nachstehend gezeigt werden.

Bereits auf Seite 7 erscheinen die Streiks der Arbeiter der Mecklenburgischen Waggonfabrik zu Güstrow (1894) und der Arbeiter der Thiel'schen Metallwaarenfabrik in Lübeck (1896). Bei Ersterem seien 23 Strafsachen bei den dortigen Gerichten anhängig gemacht worden, bei dem anderen seien 45 gerichtliche Verurtheilungen erfolgt und zwar mit Strafen von 1 Jahr bis 1 1/2, 2, 2 1/2 und 3 Jahren Gefängniß. Eine genaue Darstellung der gesammten Vorgänge, so daß auch der Leser der Denkschrift sich selbst auf Grund derselben ein Urtheil bilden könnte, wird nicht gegeben. Der Leser erfährt nichts von den Ursachen der Streiks, nichts von dem Verhalten der Unternehmer und ihrer Trabanten, nichts von den Ursachen, die zu den Zusammenstößen führten und auch nichts darüber, wie dieselben verliefen. Denkt man an das Dresdener Schreckensurtheil, an zahlreiche andere verblüffende Urtheile und an den Stand der deutschen Rechtsprechung den Arbeitern und Sozialdemokraten gegenüber überhaupt, dann sind auch die mitgetheilten Urtheile nicht geeignet, an sich etwas für die „Schreckenszeit“ während eines sozialen Kampfes zu beweisen. Bezüglich des Güstrower Streiks erfahren wir überhaupt bloß von 23 Strafsachen; ob es sich dabei bloß um Untersuchungsfälle handelte, welche Vorgänge dabei zu Grunde lagen, wie sie herbeigeführt wurden, wie viele und welche Personen und zu welchen Strafen sie etwa verurtheilt oder ob sie freigesprochen wurden, darüber schweigen sich die Polizisten und Staatsanwälte der Denkschrift völlig aus.

Auf Seite 10 und 11 wird die Ausschreitung behandelt, welche sich die Streikenden und Aussperrten in Torgelow zu Schulden kommen ließen. Selbstverständlich ist auch hier kein Wort gesagt über die Entstehung dieses Kampfes. In diesem Blatte sind die damaligen Vorgänge durch wiederholte Schilderungen der dortigen Kollegen selbst dargestellt worden, ferner wurde über die Schwurgerichtsverhandlungen gegen die unglücklichen Arbeiter in Stettin eingehend berichtet, also auch über die schweren Urtheile, welche die Richter über sie verhängten. Die Ausschreitungen waren nicht zu vertheidigen, wir haben sie seiner Zeit auch nicht beschönigt, sondern bedauert und erklärt. In dieser Erklärung (Nr. 22 ds. Bl. 1898) ist die Schuld der Fabrikanten festgestellt, wie sie sich vor dem Schwurgericht selbst ergeben hat. Die Herren hatten

vor den Geschworenen in Stettin eine traurige Rolle gespielt und sie mußten dort zugeben, daß sie die Urheber der ganzen Bewegung durch ihren unerhörten Terrorismus waren, mit dem sie die Arbeiter an der gewerkschaftlichen Organisation hindern wollten. Davon sagt die elende Denkschrift kein Wort. Die Torgelower Fabrikanten hätten aber damals als die Urheber des Kampfes neben die armen, bedauernswerthen Arbeiter, die zur Verzweiflung getrieben worden und so die Ausschreitungen begingen, auf die Anklagebank und mit in's Zuchthaus gehört.

Wie verständnißlos und böswillig die Macher der Denkschrift der Arbeiterbewegung gegenüberstehen, zeigt folgende Schilderung: „Im Torgelower Ausstande wurde durch häufige Versammlungen dafür gesorgt, daß der Streik nicht zu Ende kam (wie dumme und einfältig! Red.) und auch diejenigen Arbeiter, deren eigenes Interesse mehr der Beendigung des Ausstandes zuneigte, bei diesem ausharren mußten. Diese Entwicklung der Verhältnisse war nicht zum Wenigsten auf die Einwirkung eines Berliner Agitators zurückzuführen, der einestheils die Auszahlung regelmäßiger Unterstützungsgelder an die Streikenden aus der Kasse eines größeren Fachverbandes (des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Red.) vermittelte und andererseits in den Versammlungen auftrat, wo er einen sehr bestimmenden Einfluß ausübte.“ — Kein Wort über und gegen die Versammlungen der Unternehmer, die, nur ein halbes Duzend Mann, sich in jedem Bureau, in jedem Wohnzimmer, an jedem Bierstisch versammeln konnten, um sich zu besprechen. Aber auch keine Spur von Verständniß dafür, daß die Freiheit und Gelegenheit, sich zu versammeln und zu besprechen, für die Arbeiter ebenso nothwendig, ja noch nothwendiger ist, als für die Unternehmer und daß gerade die Verhinderung dieser Zusammenkünfte und Berathungen die Verzweiflungsthaten und Ausschreitungen der Arbeiter begünstigen müssen. Und auch davon kein Wort, daß dem „Berliner Agitator“, welcher der Kollege Massatsch war, vor dem Schwurgericht in Stettin von den polizeilichen Zeugen selbst das beste Zeugniß für seine Ruhe und Besonnenheit, mit der er den Kampf leitete, ausgestellt wurde. Nach der dunklen und geheimnißvollen Sachwendung von dem „sehr bestimmenden Einfluß“ des Berliner Agitators könnte man auch mit stillem Grauen an die Selbenthaten eines Rinaldo Rinaldini oder eines anderen Räuberhauptmanns denken.

Während die schwachhafte Denkschrift über den Terrorismus der Torgelower Fabrikanten, die den Arbeitern das Koalitionsrecht rauben wollten, völlig schweigt, weiß sie vom Lübecker Streik, der durch brutale Maßregelungen veranlaßt worden war und den sie in Nachäffung des Kapitalisten-Jargons eine „Kraftprobe“ nennt, zu erzählen, daß die Arbeiter die Gebrüder Thiel zum Austritt aus der Arbeiterschnitzvereinerung der Metallindustriellen „zwingen“ wollten. Warum aber die Lübecker Metallarbeiter diese Forderung stellten, das sagt uns auch hier die Denkschrift natürlich wiederum nicht. Sorgfältig rafften die Polizisten nur Alles zusammen, was ihnen geeignet erschien zur Vernichtung des Koalitionsrechts und zur Entrechtung der Arbeiter und ebenso sorgfältig unterschlugen sie das unerlöschlich reiche Material, das die Unternehmer schwer belastet und die Arbeiter entschuldigt. Und ein solches Machwerk wagte die Regierung dem Reichstage vorzulegen und darauf ihre Zuchthausvorlage aufzubauen!

Ein Holzstück zu dem von den Polizisten zur Vernichtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter errichteten Scheiterhaufen soll auch folgender „bezeichnende Fall“ sein, der sich im Herbst 1898 auf der Germania zu Kiel zugetragen hat. „Hier war ein Kupferschmied, der zu Anfang September ein-

trat, in Folge seiner Weigerung, Mitglied der sozialistischen (recht polizistischer!) Rev.) Verbandskaffe für Kupferschmiede zu werden, ständig allen erdenklichen Belästigungen ausgesetzt. Als solche werden genannt: Das Verschütten des Kaffees, das Verstecken der Kaffeekanne und das Verbiegen einzelner Handwerkzeuge, ferner das Zerreißen des Rockes, das Zerschneiden des Hutes, sowie dessen Beschreiben mit unflätigen Redensarten und endlich das Zerschneiden eines eben vollendeten Kupferrohres. Der Betroffene gab schließlich wegen der vielfachen Drangsalirungen seinen Arbeitsposten auf der Werft auf, er sah indessen, zum Theil aus Furcht vor der Rache der Genossen, davon ab, die Namen derjenigen Mitarbeiter zu nennen, auf die sich sein Verdacht gelenkt hätte. Welcher armeneliche Kaffeeelast! Dabel erfährt man abermals nicht, wohnt der Polizist alle diese Schamerdärchen hat, so daß auch kein Mensch kontrolliren kann, was Wahrheit und was Dichtung ist. Solchen Scheiterhaufen-Plaseranten gegenüber kann man nur mit Johannes Sup sagen: O sancta simplicitas!

Ebenso schlecht, wie dem armen Kupferschmied, sei es einem ebenso bedauernswerthen Eisendreher in Chemnitz ergangen und zwar aus der gleichen Ursache. Nicht weniger schreckliche Dinge, die nur mit dem Zuchthaus oder mit der Todesstrafe genügend gesühnt werden können, entdeckte das stets wachende Auge des Gesetzes in Gestalt eines Polizisten, in der Stöwer'schen Fabrik in Stettin. Dort sei ein Streikbrecher nach Beendigung des Streiks angespien worden. Außerdem hatten Diejenigen, welche sich von einem Ausstande ausschlossen, später regelmäßig unter Verächtlichkeitsbezeugungen zu leiden, die sich, wie Vermeidung des Gesprächs und des gemeinschaftlichen Essens, dem strafrechtlichen Einschreiten entziehen. — Und darum war eben die Zuchthausvorlage nothwendig! Man fühlt dem Polizisten lebhaft den Schmerz nach über die Straflosigkeit solcher veruchten Frevelthaten.

Die Arbeiter bei Stöwer in Stettin verübten aber noch andere Schandthaten. Beim Streik von 1897 stellten sie auf allen Zugangswegen zum Fabrikgebäude ganze Ketten von Streikposten auf. Dieselben hielten jeden, der seinem Neuherrn nach Arbeiter sein konnte, an und suchten ihn, wenn es ein Arbeitssuchender war, von seinem Vorhaben abzuhalten. Dies geschah zunächst auf gütlichem Wege unter dem Versprechen, ihm das Restgeld zu erstatten, falls dies nicht fruchtete, mit Gewalt. Wie organisiert der Patronenlendendienst war, kann man daraus ersehen, daß sich die Streikenden bei Bewachung der nach Stettin führenden Landstraßen mit Vorliebe des Fahrrads bedienten. — Fürchterlich! Und dennoch enthält die Zuchthausvorlage kein Verbot des Fahrrads für streikende Arbeiter. Diese Lücke muß bis zum Herbst noch ausgefüllt werden.

Den Vogel schießt der Staatsanwalt zu Staffel in seinen allgemeinen Schilderungen ab. Er meint: „Fremde zuziehende Arbeiter werden schon am Bahnhof in Empfang genommen durch wüthende (Su, hu!, nicht „tollwüthende“? Red.) Drohungen eingeschüchtert und schließlich gemißhandelt. Ueberall zeigt sich eifrige Ueberwachung. Die Drohungen gehen auf Mord und Todtschlag, Brechen des Genicks und der Knochen, auf baldige Bekanntschaft mit dem Strichhof“ usw. Mehr kann man in der That nicht verlangen. Immerhin wären zur Hervollständigung einige entsprechende Illustrationen mit herumliegenden gebrochenen Genicks und Knochen noch sehr zweckmäßig gewesen, auch wäre dadurch die beabsichtigte Wirkung noch um einige Grad verstärkt worden.

Hiemlich arg ist von den streikenden Metallarbeitern und Bauhandwerkern auch 1896 und 1897 in Bielefeld gehandelt worden. Leider sind die Dinge mit einander verqu coast, so daß der Antheil der Metallarbeiter nicht klar ersichtlich ist. Immerhin freut es uns, daß bei beiden Streikbewegungen die Posten mit Erfolg an der Aufklärung der herangezogenen Arbeitswilligen thätig waren; in den Augen der Polizisten besteht aber gerade darin ihr Verbrechen.

Mit „Knochenzweißschlägen“ wurde im Mai 1896 auch in einer Berliner Metallwaarenfabrik ein neuergetretener Schlosser bedroht; in der Fabrik haben zwischen einem Theil der Arbeiter und der Fabrikleitung Zwistigkeiten bestanden. Der arme Schlosser ging bereits am 2. Tage wieder fort, weil er lieber ganze als gebrochene Knochen im Leibe in der Welt herumtrage, welschem Geschmade auch wir huldigen. Doch klingt die ganze Geschichte so nach Klatsch und so kleinlich, daß man sie kann mit Ernst behandeln kann.

Beim Formerstreik in Geestemünde (1894) habe ein Former an einen Streikbrecher folgende herz-

erfrischende Ansprache gehalten: „Wenn Du weiter arbeitest, sollst Du kein Glas Bier mehr in Ruhe trinken können; wir selbst werden Dir zwar nichts thun, aber dafür haben wir unsere Leute. Auch werden wir Deinen Namen im Fachblatte veröffentlichen, damit Du nirgends mehr Arbeit bekommst“ — Du aber, wer wird denn so grausam sein!

Auch in Bayern waren die Polizisten an der Arbeit. Es werden die Arbeitseinstellungen der Former in einer Augsburger Maschinenfabrik und der Metallbrücker in Nürnberg erwähnt, die wegen Maßregelungen erfolgt waren. Die Streikenden versuchten in jedem der beiden Fälle je einen Streikbrecher von seinem unkollegialen Thun abzubringen, was leider nicht befrucht werden konnte und daher die Zustimmung der bayerischen Regierung zur Zuchthausvorlage.

Der letzte Fall betrifft die gleichen Verbrechen streikender Former in Wolfenbüttel, der aber bei der Berichterstattung des Staatsanwalts noch beim Gericht als unerledigt anhängig war.

Die ganze famose Denkschrift haben wir summarisch gewürdigt in Nr. 25 ds. Bl. in dem Artikel „Die Polizisten an der Arbeit“ und wir haben dem kaum etwas hinzuzufügen. Wir könnten dazu nur noch bemerken, daß die von den Metallarbeitern erzählten Klatschgeschichten den jämmerlichen Eindruck des Nachwerkes nur noch jämmerlicher machen. Wirkliche Ausschreitungen, Vergehen und Verbrechen können und werden nach den bestehenden Gesetzen schon heute schwer bestraft und wegen Kaffeeelast und anderen läppischen Dingen macht kein vernünftiger Mensch ein Zuchthausgesetz gegen die Arbeiter.

Der auswärtige Handel.

Die blühende wirtschaftliche Prosperität hat den gegenseitigen Güteraustausch im verflossenen Jahre weiter vermehrt und im laufenden Jahre hat bisher eine abermalige Vermehrung stattgefunden. Daran partizipirt natürlich auch die Metall- und Maschinenindustrie. So betrug die Ein- und Ausfuhr Deutschlands an Eisen und Eisenwaaren im Jahre 1898 der Menge nach:

Gegenstände	Einfuhr		Ausfuhr	
	1898	1897	1898	1897
Bruchstücken und Eisenabfälle . . .	23328	37975	85095	38102
Roheisen . . .	584561	423127	187375	90885
Ed- und Wirtteleisen . . .	207	1081	204705	169287
Eisenbahnwagen, Schwellen zc. . .	123	148	30803	31189
Eisenbahnwagen . . .	267	774	123839	115473
Schmiedbar. Eis. in Stäben zc. . .	26014	29467	263698	246772
Suppenkannen, Hohlkugeln zc. . .	1553	1038	34964	39792
Platten und Bleche, roh . . .	1765	2675	151735	131193
Platten, polirt . . .	3709	4481	5904	6865
Weißblech . . .	10888	11560	165	274
Eisendraht, roh . . .	6126	4842	5904	6865
Eisendraht, verpackt zc. . .	1040	767	92236	92051
Eisenwaaren . . .	18232	9367	29567	27654
Amboße, Brecheisen . . .	546	467	3181	3336
Anker, Ketten . . .	2468	3204	720	652
Brücken u. Brückenbestandtheile . . .	261	128	5791	4609
Drucktheile . . .	182	192	2453	2264
Eisenz. groben Maschinenteilen . . .	195	240	2748	2207
Eisenbahnwagen, Räder zc. . .	3444	2597	31721	29331
Kanonrohre . . .	4	5	78	482
Höhren, geschmiedet, gewalzt zc. . .	12825	10524	30227	29852
Große Eisenwaaren, nicht abgegliedert . . .	15131	9665	53472	142430
Geschosse aus schmiedbar. Eisen . . .	37	—	163	3
Drucktheile . . .	—	106	47414	53610
Schrauben, Schraubbolzen . . .	297	559	2654	2151
Waaren, abgegliedert . . .	5217	4907	—	—
Werkzeuge, Degenklingen zc. . .	791	690	—	—
Suppenkannen . . .	490	406	20094	20520
Spiegelzunge aus Eisenguß zc. . .	2	3	—	—
Waaren aus schmiedbar. Eisen . . .	1468	1666	—	—
Maschinen ohne Gestell . . .	1478	1438	4486	4002
Fahrräder und Fahrradtheile . . .	802	546	1662	660
Spiegelzunge aus schmiedb. Eisen . . .	22	26	—	—
Gewehre für Kriegszwecke . . .	2	7	355	265
Jagd- und Sarggewehre . . .	143	123	88	90
Nähmaschinen, Nähmaschinen . . .	11	14	861	1042
Schreibfedern aus Stahl zc. . .	134	143	32	34

Der Vergleich zeigt, daß bei mehreren der wichtigsten Artikel, wie Bruch- und Roheisen, schmiedbares Eisen zc. die Einfuhr erheblich zurückgegangen, die Ausfuhr dagegen bedeutend gestiegen ist und zwar außer bei den genannten Artikeln noch bei Ed- und Wirtteleisen, Eisenbahnwagen, Platten und Bleche, Eisenbahnwagen, grobe Eisenwaaren zc. Was den Handelsverkehr mit den einzelnen Ländern betrifft, so liefern die Niederlande mit 15,533 Tonnenn das meiste Roheisen, Schweden mit 15,098 T. das meiste Schmiedeis, Amerika mit 1196 T. die meisten Nähmaschinen. Von der Ausfuhr entfiel mit 39,574 T. Bruchstücken der größte Theil auf Oesterreich-Ungarn, mit 105,069 T. Roheisen der größte Theil auf Belgien, mit 43,989 T. Ed- und Wirtteleisen der größte Theil auf Rußland,

dem sich mit 41,406 T. die Schweiz anschließt; bezüglich der Eisenbahnwagen, Schwellen zc. steht die Schweiz mit 11,284 T. in erster Linie, Eisenbahnwagen mit 21,030 T. England, schmiedbares Eisen mit 106,480 T. Rußland, Platten und Bleche mit 49,721 T. Rußland, Eisendraht mit 23,382 T. England, grobe Eisenwaaren mit 26,211 T. Rußland, Drahtstifte mit 15,236 T. England, Nähmaschinen mit 952 T. Rußland, Fahrräder mit 467 T. Oesterreich-Ungarn, Gewehre für Kriegszwecke mit 115 T. Mexiko, Nähmaschinen und Nähmaschinen mit 391 T. China usw.

Im ersten Quartal 1899 ist die Einfuhr mit 130,954 T. um rund 27,000 T. größer als im ersten Quartal 1898, wo sie 103,417 T. betrug. An dieser Mehreinfuhr partizipirt das Roheisen allein im Monat März mit 9000 T., indem sie 33,462 T. gegen 24,740 T. betrug. Die Ausfuhr stieg weiter von 241,108 T. auf 252,500 T. also um rund 11,000 T.

Der gesammte auswärtige Handel Deutschlands erfuhr 1898 eine weitere erhebliche Steigerung, welche Tendenz auch im ersten Quartal wirksam blieb. Nicht in gleicher Weise entwickelte sich der auswärtige Handel auch der andern Staaten, wie folgende Uebersicht zeigt. Es betragen Ein- und Ausfuhr:

Staaten	Einfuhr		Ausfuhr	
	1898	1897	1898	1897
Deutschland . . .	5477,6	4864,6	4001,7	3786,9
Frankreich . . .	4376,2	3956,0	3503,3	3598,0
Oesterreich-Ungarn . . .	830,9	755,3	808,8	769,2
Schweiz . . .	1065,0	1031,2	723,7	693,1
Belgien . . .	1927,6	1794,5	1652,6	1548,0
Italien . . .	1413,3	1191,6	1203,5	1091,7
Rußland . . .	562,0	508,5	708,8	704,3
England . . .	470,6	451,0	233,4	234,2
Serbien . . .	40,8	45,4	56,9	55,9
Vereinigte Staaten . . .	616,0	764,6	1210,2	1099,7
Mexiko . . .	43,6	42,2	128,9	111,3
Argentinien . . .	107,4	98,2	133,8	101,2
China . . .	210,0	—	159,0	—

Mit Ausnahme von Serbien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika, deren Einfuhr 1898 im Vergleich mit den Zahlen von 1897 einen Rückgang erfahren, haben die übrigen 10 Staaten ihre Einfuhr mehr oder minder erheblich vermehrt; bezüglich Chinas fehlen uns die vergleichenden Zahlen von 1897. Die Ursachen, welche in Serbien und den Vereinigten Staaten den Rückgang herbeiführten, sind sehr verschiedener Art. Dort war es die durch die schlechte Getreideernte von 1897 bewirkte Schwächung der Kaufkraft weiter Volkskreise, welche zur Einschränkung der Einfuhr führte, hier die Verdrängung der ausländischen Industrieprodukte durch die einheimische Industrie, welche den Import verminderte. Die höchste Steigerung der Einfuhr weisen Deutschland mit 600 Millionen Mark, England mit fast 400 Millionen Mark, Frankreich mit 300 Mill. Mk., Italien mit ca. 200 Mill. Mk., Belgien mit über 100 Mill. Mk. auf usw.

Ein etwas anderes Bild bietet die Ausfuhrstatistik. Darnach erfuhr Frankreich und England einen Rückgang des Exports und zwar um 95 Millionen Franken resp. um 800,000 Pfd. Sterl., während die übrigen 10 Staaten eine mehr oder minder bedeutende Steigerung aufweisen. Ob bei Frankreich in dem Rückgang der Ausfuhr eine Verdrängung vom Weltmarkt zu erblicken oder ob die Ursache daran ein erhöhter Inlandsbedarf, ist nicht ganz klar, dagegen ist Letzteres für England feststehend. In Folge des starken Inlandsbedarfs mußte die englische Industrie auf manches Auslandsgeschäft, ja sogar auf manche inländische Lieferung verzichten und ist daraus die Steigerung der Einfuhr wie der Rückgang der Ausfuhr zu erklären. In Bezug auf die Vermehrung der Ausfuhr steht Deutschland mit 215,5 Millionen Mark obenan, aber als außeruropäischer Staat stehen die Ver. Staaten mit ca. 450 Millionen Mark in erster Linie, sodann folgen Belgien mit 180, Italien mit 90, Oesterreich-Ungarn mit 85 Mill. Mk. usw.

Bezüglich der Gestaltung der Handelsbilanz ist bemerkenswerth, daß Oesterreich-Ungarn 1898 in die lange Reihe der Länder mit passiver Handelsbilanz eingetreten ist und dadurch deren lange Liste noch weiter verlängert hat. 1897 noch mit 14 Millionen Gulden aktiv, ist die österreichische Handelsbilanz 1898 mit 22 Mill. Gulden passiv geworden. Die Vereinigten Staaten haben dagegen in Folge des Rückganges der Einfuhr und der Steigerung der Ausfuhr ihre aktive Handelsbilanz noch weiter verbessert von 335 Mill. Doll. in 1897 auf 594 Mill. Doll.; die Ausfuhr macht fast die doppelte Summe der Einfuhr aus. Deutschland erhöhte seine passive Handelsbilanz von 1078 Mill. Mk. in 1897 auf 1476 Mill. in 1898, England von 4336, auf 4744 Mill. Mk., Frank-

reich von ca. 290 auf 700 Mill. M., Italien von 80 auf 170 Mill. M., Belgien von 200 auf 220 Mill. M. usw. Die Schweiz vermehrte ihre erhebliche Unterbilanz von 338,1 nur auf 341,3 Millionen Franken, also nicht einmal um 3 Mill. M.

Im ersten Vierteljahr 1899 betrug die Einfuhr Deutschlands 1295,9 gegen 1304,8 Mill. M. in der gleichen Periode des Vorjahres und die Ausfuhr 994,7 gegen 921,8 Mill. M., erstere ist demnach um 9 Mill. M. zurückgegangen, letztere dagegen um 72 Mill. M. gestiegen. Nach der gewöhnlichen, unkritischen Auffassung der Handelsbilanz bedeuten die Zahlen aus dem ersten Vierteljahr eine erhebliche Besserung der deutschen Handelsbilanz.

Im großen Ganzen lehrt die vorstehende Uebersicht über den auswärtigen Handel, daß die internationalen Beziehungen der Völker aller fünf Erdtheile immer vielseitiger und reger werden und der Weltmarkt mit jedem Jahre erhöhte Bedeutung gewinnt. Man sollte meinen, daß diese Entwicklung des internationalen Güterausstausches eher zum Niederreißen als zur Erhöhung der Zollschranken führen müßte.

Sächsisches Material zur Zuchthausvorlage.

Während die süddeutschen Aufsichtsbeamten ansehnlich der drohenden Zuchthausvorlage es für ihre Pflicht erachteten, auf das gesetzliche und persönliche Verhalten der Arbeiterbewegung und den ruhigen Verlauf ihrer Streiks hinzuweisen, dagegen aber auch die terroristischen Praktiken der Unternehmer und ihrer Verbände zu beleuchten, halten es einige der sächsischen Gewerbeinspektoren für angezeigt, die famose Denkschrift des Grafen Posadowsky um einiges Material zu bereichern, indem sie in ihren neuesten Berichten mit seltsamer Objektivität über den Verlauf von Streiks und über Bestrafungen auf Grund des § 153 der G.-O. schreiben. War nun auch von dieser Seite keine andere Stellungnahme zu erwarten, so werden jedenfalls die Freunde des Zuchthausstrafes gerade von den sächsischen Berichten ein reichhaltigeres und durchschlagenderes Material erwartet haben, umso mehr, als in Sachsen, wie das Böhmer Urtheil beweist, die schärfste Tonart längst Regierung, Verwaltung und Rechtsprechung beherrscht. Die ganze Ausbeute der sächsischen Berichte sind indeß nur fünf Straffälle, von denen 2 im Bezirk Dresden und je 1 im Bezirk Leipzig, Chemnitz und Plauen vorkamen. Auch die verhängten Strafen sind äußerst geringe (zwischen 1 Woche Haft und 1 Monat Gefängnis), wenigstens für das Maß sächsischer Gerichte, so daß es sich nur um die leichtesten Verstöße handeln kann, die anderwärts überhaupt nicht als Bedrohungen und Schwerkverletzungen angesehen werden. Die höchste Strafe, 1 Monat Gefängnis, traf einen Porzellanarbeiter im Bezirk Dresden, der die Mutter eines taubstummen Arbeitswilligen vor dem ihrem Sohn bevorstehenden Schicksal warnte. Er meinte, wenn die Ausständigen erst wieder in der Fabrik wären, dann würden die Arbeitswilligen „hinangeschmissen“. Dafür erhielt er die obige Strafe wegen „Bedrohung“, während ein Bildhauer in Dresden, gleichfalls wegen Bedrohung, mit 1 Woche Gefängnis davon kam.

Merkwürdig genug geht aber der Dresdener Bericht über die Böhmer Vorgänge, die so dramatisch geahndet wurden, mit verlegenem Schweigen hinweg. Indes macht er den Bauarbeitern den Vorwurf, daß sie sich wiederholt mit Kollegen, die wegen Unfähigkeit und Unbrauchbarkeit entlassen wurden, „solidarisch“ erklärten, — „ein Verhalten, das den Uebermuth der hier in Betracht kommenden Arbeiter kennzeichnet.“ Sollte der Dresdener Beamte nicht einmal wissen, daß Agitatoren, meist die tüchtigsten Arbeiter, fast stets wegen angeblicher Unfähigkeit entlassen werden? Diese doppelte Provokation muß selbstverständlich die Arbeiter empören. — Auch im Bezirk Chemnitz erhielt ein Klempner, der beim Streik in einer Fahrradlaternenfabrik zwei Arbeitswillige bedroht und in ihrer Ehre verletzt habe, 1 Monat Gefängnis, — bei 12 Streiks mit etwa 300 Theilnehmern der einzige Fall. — Der Plauerische Beamte berichtet, daß ein ausständiger Weber wegen „arger Bedrohung“ eines Arbeitswilligen 14 Tage Haft erhielt. Die Milde der Strafe beweist, daß der Verstoß nicht gar so arg gewesen sein kann, und in der That ist dem argen Sünder lediglich die Umdeutung: Streikbrecher entschüpft, was natürlich der gesetzlichen Sühne bedurfte.

Eine krasse Schilderung entwirft der Leipziger Beamte vom vorjährigen Formerkstreik. Er wirft den Formern vor, daß sie grundlose Anschuldigungen und unerfüllbare Forderungen aufgestellt, die Wahrheit der Nichtstreikenden belästigt und zur

ArbeitsEinstellung veranlaßt hätten, sodas der Gießereibetrieb stillstand. „Ueber letzteren wurde die Sperre verhängt und vor Bezug gewarnt, Posten standen unausgefüllt von Früh bis Abends an den die Fabrik umgebenden Straßenecken, Patrouillen entfremdeten sofort die wenigen Neueingetretenen und belästigten die in der Gießerei arbeitenden Former, beschimpften sie auf den Straßen, sowie in Schankwirthschaften und bespukten sie. Man ließ sogar dem Arbeitgeber aus fernen Orten durch dritte Personen schreiben und erbot sich, mit Kolonnen guter Former anzutreten, wenn zuvor 20—30 M. Reifegeld geschickt würden. Nach Einsendung des Geldes kam Niemand und der Unternehmer wurde noch ausgelacht.“ Diese Schauermär stammt jedenfalls aus höchst einseitiger Quelle, aus dem Munde des Unternehmers oder eines seiner Hausretter; sie wird aber am besten dadurch widerlegt, daß die allezeit wachsame Polizei, die doch bei Streiks ganz besonderen Eifer entfaltet, keinerlei Grund zum Einschreiten fand. Nur ein einziger Schlosser, der einem Arbeitswilligen den Rath gab, sich den Ausständigen anzuschließen, da er nach dem Streik doch wieder entlassen würde, wurde wegen „Bedrohung“ zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt.

In ähnlicher Weise wird ein Glaserstreik charakterisirt; daneben fallen noch kritische Bemerkungen für andere Streiks ab, die für Arbeiter eher alles Andere, als objektiv gelten können. Mag der Leipziger Gewerberath seine Schilderungen auf Berichte der Polizei oder theilweiser Unternehmer, oder aber, was beides vereinigt, auf Auslassungen der bürgerlichen Blätter stützen, — in Streikversammlungen und bei Streikleitungen hat er sich noch niemals erkundigt, um auch den anderen Theil zu hören. Nach seiner Meinung würde das jedenfalls die in Sachsen beliebte Objektivität beeinträchtigen, die den Streik von vornherein zum Verbrechen stempelt und eine Gleichberechtigung zwischen Unternehmer und Arbeiter nicht anerkennt.

Auch der Meißener Beamte fühlt sich bemüht, gegen die Gewerkschaftsagitatorien, insbesondere gegen die Verbände der Metall- und Holzarbeiter, Stellung zu nehmen, ohne für den Terrorismus der Metallindustriellen auch nur ein einziges strafendes Wörtchen übrig zu haben. Er schreibt: „Mehrfach wurde über Unbotmäßigkeit gewisser Arbeiterklassen geklagt und von dem Eisenwerk Lauchhammer mitgetheilt, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband systematisch durch Unterhaltung eines speziell für das Eisenwerk bestimmten Agitators und Einstellung von Vertrauensmännern in die einzelnen Werkstätten daran arbeitet, in Gröbzig und Gröbba, ebenso wie in Lauchhammer, unter der Arbeiterschaft Unzufriedenheit zu erregen. Die Bewegung hat in Gröbzig mehr Boden gewonnen als in Gröbba, und es wird als Endziel derselben nicht der gruppenweise, sondern der genügend vorbereitete Generalstreik bezeichnet.“

„Auch der Holzarbeiter-Verband verfolgt fortgesetzt ähnliche Zwecke und übt besonders einen Druck auf die Arbeitgeber dahin aus, Nichtverbandsmitglieder, welche sich mit den zum Verbands gehörigen Personen schlecht vertragen, zu entlassen.“ In rührender Naivität macht sich hier der Gewerbeinspektor, der doch lediglich zum Schutze der Arbeiter bestellt ist, zum Sprachrohr der Werksdirektion, ohne zugleich der Mißstände zu erwähnen, die die gewerkschaftliche Organisation veranlaßten und nährten. Die Benutzung des der Werksleitung unbenutzten Koalitionsrechtes genügt bereits, gegen eine Gewerkschaft ein amtliches Anathema zu schleudern und ihr die Absicht eines Generalstreiks zu unterstellen, von dem hier um so weniger die Rede sein kann, als es sich in Lauchhammer, Gröbzig und Gröbba um dasselbe Werk handelt. Uebrigens hat gerade der Vorstand des D. M.-V. den Ausdruck des Streiks rechtzeitig verhindert, als derselbe nur zum Schaden der Arbeiter ausfallen konnte, und damit die Behauptung widerlegt, daß die Verbände den Kampf um jeden Preis wollen. Auch hat der vom Vorstand eingesetzte Vertrauensmann mehrfach versucht, die Werksleitung zu gütlichen Zugeständnissen zu bewegen, welcher Friedensweg von dieser aber schroff zurückgewiesen wurde. Nach alledem kann die kommentarlose Wiedergabe des oben zitierten, gehässigen Unternehmer-Laborats nur die Bedeutung einer Parteinahme für die Direktion des Eisenwerks haben, woraus sich für die Arbeiter gegenüber der Fabrikinspektion die nöthigen Konsequenzen ganz von selbst ergeben.

Welch anderen Zweck können alle diese Anklagen haben, als den, die Regierungen gegen die Gewerkschaftsbewegung und namentlich gegen die Streiks scharf zu machen. Das Material der Denkschrift ist

ja außerordentlich windig ausgefallen und wird völlig entkräftet durch das Gegenmaterial der Arbeiterpresse über den 10fachen schlimmeren Unternehmerterrorismus, zu dem — zum Schrecken Posadowsky's, sogar die süddeutschen Aufsichtsbeamten ein gerüttelt Maß beigetragen haben. Nichts wird deshalb den verbündeten Regierungen, die für Zuchthausvorlagen schwärmen, erwünschter sein, als neues Belastungsmaterial seitens der Gewerbeinspektoren, und die sächsischen Berichte haben nur ihren alten Aufarbeiterfeindlichen Tendenz bestätigt, wenn sie dem Vater der Zuchthausvorlage Hausretterdienste leisten. Wenn aber trotz dieses eifrigsten Strebens das Resultat ein so überaus klägliches ist, so bedeutet dies gerade für die sächsischen Arbeiter, denen das Koalitionsrecht in unerhörter Weise eingeschränkt wurde, das glänzendste Zeugnis, denn daß von zirka 50 in den Berichten mitgetheilten Streiks mit etwa 2000 Arbeitern nur fünf Theilnehmer zu den für Sachsen sehr niedrigen Strafen von 8 Tage Haft bis 1 Monat Gefängnis verurtheilt wurden, ist bei den scharf entwickelten Klagengegenständen ein Verhältnis, das die Geseßlichkeit der Ausständigen über jeden Zweifel erhebt.

Wie aber steht es denn mit der Geseßlichkeit und Friedensliebe der Unternehmer? Man wird in den sächsischen Berichten diesmal freilich vergeblich nach Belegen suchen, die ein nachtheiliges Licht auf die Arbeitgeber fallen lassen, dazu sind die sächsischen Aufsichtsbeamten, wie Genosse Wurm im Reichstage sagte, viel zu wohl erzogen. Was sich aber nicht ausmerzen ließ, das war die Statistik der Arbeiterschuldverletzungen, die so bezeichnende Zahlen enthält, daß wir an ihnen nicht achtlos vorübergehen können. Zunächst die Statistik der Jugendschutzvergehen: Von 7303 Unternehmern, die Jugendschutzbeschäftigten, wurden bei 1200 = 16,4 Proz. Jugendschutzvergehen ermittelt, deren Zahl 1769, darunter 328 schwere Vergehen, beträgt. Bestraft wurden nur 55 der Gesetzesverächter, also 1145 blieben straflos oder kamen mit Verwarnungen davon. Darnach kommen auf 1000 Unternehmer 164 Uebertreter mit 242,3 Vergehen sowie 7,5 Bestrafte. Arbeiterinnen wurden in 6630 Anlagen beschäftigt, wobei in 304 derselben (4,6 Proz.) Vergehen vorkamen. Die Zahl der Vergehen betrug 332, darunter 72 schwereren Grades, wofür indeß nur 16 Arbeitgeber bestraft wurden. Hier kommen auf 1000 Unternehmer 46 Uebertreter und 50,1 Vergehen sowie 2,4 Bestrafte. Nun dürften die Uebertretungs- und Strafziffern eigentlich nicht auf die Gesamtzahl der Unternehmer, sondern nur auf die der von Revisionen betroffenen bezogen werden, wodurch die Verhältniszahlen sich etwa um ein Sechstel erhöhen würden.

Damit vergleiche man die Zahl der ermittelten und (damit zusammenfassend) natürlich auch geahndeten Streikverstöße: bei den Unternehmern 164/1000 Jugendschutz- und 46/1000 Arbeiterinnenstrafvergehen, bei den Arbeitern 2,5/1000 Streikverstöße, deren ganzes Verbrechen in einer Entrüstungsäußerung, vielleicht auch in einer unbesonnenen Drohung bestand. Dort die offenbarste Verhöhung der gesetzlichen Vorschriften — hier das ängstliche Bestreben, die gesetzlichen Grenzen zu respektieren, bestätigt durch eine straffe Disziplin der Streikleiter, die den Scharfmachern noch verhafter ist, als der Streik selbst, wie aus der Beurtheilung der Stuttgarter Streiks seitens der famosen „Denkschrift“ zu ersehen war. Und trotzdem dort eine unerhörte Milde der Aufsichtsorgane gegen die gewerkschaftlichen Gesetzesverächter — hier die rigoroseste Bestrafung der geringsten Verfehlungen im Interesse der Arbeiterkoalition, dort Geldstrafen, die für das zahlungsfähige Ausbeutertum in keinem Verhältnis zu dem ungelegentlich erpreßten Mehrprofit stehen, — hier ehrenkränkende Gefängnisstrafen, die die Macher der lex Posadowsky in Zuchthausstrafe verschärfen müßten. Hoffentlich werden unsere Reichstagsvertreter, wenn die letztere zur Berathung gelangt und die Regierung sich auf die sächsischen Erfahrungen beruft, die neuesten sächsischen Aufsichtsberichte einer eingehenden Kritik unterziehen und die seltsame Geseßlichkeit der Unternehmer in gebührender Weise beleuchten.

Vom deutschen Schiffbau.

In immer weiteren Kreisen des Auslandes findet die Leistungsfähigkeit des deutschen Schiffbaues Beachtung. Daß Rußland, Oesterreich, Italien, Brasilien, die Türkei u. s. w. deutschen Werften Aufträge zuwenden, ist bekannt; jetzt ist auch Japan, das bislang fast ausschließlich England bei Schiffbestellungen bedachte, in die Reihe dieser Staaten eingetreten, indem es kürzlich dem Stettiner „Vulkan“ den Auftrag auf einen Panzerkreuzer erteilte. Es ist dieses der erste größere Auftrag, der von Japan einer deutschen Werft zugewendet wurde.

In England verschließt man sich keineswegs der durch Deutschland drohenden Konkurrenzgefahr. Noch vor 14

Jahren, im Jahre 1885, äußerte sich ein englisches Parlamentsmitglied, der Besitzer einer großen Schiffswerft, daß für England fremde Konkurrenz eine Chimäre sein würde, so lange England die Eigenschaften, die es groß gemacht hätten, Energie und Entschlossenheit, behielte. Ausländer hätten weder die Organisation, noch die Ausdauer der englischen Arbeiter, England baute beinahe ein Schiff, während das Ausland noch darüber nachdenke.

Vor circa 8 Jahren aber schon schrieb die englische Fachschrift „The Engineer“, daß es wahrscheinlich sein würde zu behaupten, daß die Engländer selbst in einem so durchaus britischen Industriezweig, wie es der Schiffbau sei, sich darauf verlassen könnten, stets an erster Stelle zu stehen. Es sei bereits erwiesen, daß Deutschland in der schwierigen und verwickelten Kunst des Schiffbaues den höchsten Anforderungen in der Organisation Genüge leisten könne.

Und jetzt, in seiner letzten Nummer schreibt dieselbe Fachschrift, daß in den deutschen Werftstätten mit einer Disziplin gearbeitet wurde, deren Resultat eine „Einheit“ der Arbeit sei, welche man selbst gesehen haben müsse, um sie zu glauben.

So ist Deutschlands Schiffbau in der Qualität mit an die erste Stelle gerückt. Daß daneben aber auch manchmal Mißerfolge seitens einzelner Werften zu verzeichnen sind, ist nicht zu verschweigen. Nur hört man weniger von diesen, weil es naturgemäß im Bestreben jeder Werft liegt, dieselben möglichst wenig an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Jetzt aber kommt die Meldung, daß der Norddeutsche Lloyd in Bremen, die zweitgrößte Rheederei Deutschlands, sich entschlossen habe, den im vergangenen Frühjahr von der Schiffbau-Werft in Danzig abgelieferten Schnellkämpfer „Kaiser Friedrich“ der Werft wieder zur Verfügung zu stellen, weil die vorgeschriebenen Bedingungen des Schiff nicht erfüllt wurden. Diese Rücklieferung eines großen, auf viele Millionen an Werth sich belaufenden Schiffes steht bislang einzig da in der Geschichte des deutschen Schiffbaues.

Auch die „Germania-Werft“ in Gaarden ist mit dem brasilianischen Torpedo „Tomago“ hineingefallen. Fast nach Beendigung der Probefahrten wurde ein Kessel leet. Klüderlei nante nicht, indem die Brasilianer sich weigerten den gestellten Kreuzer abzunehmen. Auch das Anerbieten, dem Schiffe einen neuen Kessel an Bord zu geben, der eingebaut werden könnte, wenn der gestellte Kessel versage, lehnten die Brasilianer ab, so daß die Werft das Schiff wieder aufreisen, den alten Kessel herausnehmen und den neuen hineinbauen mußten. Das allein hatte eine Verzögerung der Ablieferung um circa ein halbes Jahr im Gefolge, während welcher Zeit auch die Besatzung des Kreuzers auf Werftkosten in Kiel unterhalten werden mußte. Hierzu kommt zu diesem Malheur noch, daß die gesammte innere Einrichtung des Schiffes, die man, weil das ganze Deck ja aufgerissen werden mußte, in die Magazins an Land schaffte, bei dem großen Brande der Germania-Werft im Mai völlig vernichtet ist, welcher Schaden auch nicht durch die Versicherung gedeckt ist. Na, Krupp hat's ja.

Wohin die noch fortgesetzt von den Werften betriebenen Vergrößerungen führen sollen ist nicht abzusehen. Ununterbrochen wird am Ausbau der Schiffbauhöfe gearbeitet. Allen voran ist hier die obengenannte „Germania-Werft“, die in Folge der Uebernahme durch Krupp in eine vortheilhafte Lage gekommen ist. Hunderte von Arbeitern sind beschäftigt allein bei dieser Umgestaltung der Werft. Ganze Häuserreihen haben diesem Umbau weichen müssen. Wo früher Wohnhäuser standen, wo Gärten sich ausbreiteten, wo Ackerland war — Alles ein gewaltiger Bauplatz, wo zwei, drei Locomotivzüge fahren, Dampfmaschinen thätig sind, kurz: wo es aussieht, als ob man eine kleine Stadt erbauen wollte. Millionen sind schon für diesen Ausbau ausgegeben worden.

Wenn auch nicht in demselben Maße, so ja nach ihren Mitteln sucht jede einzelne Werft sich ja zu vergrößern. In Apolda wird die Neuanlage einer Werft für Schiffe bis zu 8000 Tonnen seitens eines Konjunktums geplant, zu welchem Bau schon die einleitenden Schritte unternommen sind.

Daß auch hier ein Rückschlag eintreten muß, ist zweifellos. Diese bis auf die äußerste Grenze gesteigerte Leistungsfähigkeit der deutschen Werften voll auszunutzen, wird auf die Dauer nicht möglich sein. In demselben lebhaften Tempo ist es nicht möglich weiterhin den Bau von Handelschiffen, von Kriegschiffen betreiben zu können. Einzelne, und zwar die größten der deutschen Rheedereien, haben eine Erziehung ihres alten Schiffsmaterials durch neue, größere Schiffe durchgeführt, die das Staunen erwecken muß. Die Hamburg-Amerika-Linie hat jetzt ein Durchschnittsalter ihrer Schiffe von circa 5 Jahren, der Norddeutsche Lloyd von circa 7 Jahren erreicht. Das Schiffsmaterial dieser Rheedereien ist also ein allen Ansprüchen genügendes, dabei haben aber diese Rheedereien noch zahlreiche Schiffe auf Stapel stehen.

Auch die Durchführung des Flottengesetzes vom April 1898 wird in wenigen Jahren beendet sein — und was dann? Die interessirten Kreise wühlen fortgesetzt, jedoch immerwährend für neue Flottenpläne Stimmung zu machen, aber wenn deren Hoffnung sich nicht erfüllt, wie nur im Interesse der Steuerzahler zu hoffen, dann stehen wir vor der vollzogenen Erziehung der Betriebsmittel im deutschen Schiffbau und der Krach ist da. Natürlich sind's in erster Linie wieder die Arbeiter, die darunter zu leiden haben. Lohnabzüge — Arbeitslosigkeit wird an der Tagesordnung sein. Da heißt's bei Zeiten durch Störung der Organisation vorzugehen.

Als bislang einzig bestehende Thatsache sei noch erwähnt, daß der Krupp'schen Germania-Werft vom Marine-Minister jetzt insgesamt Aufträge von 2 Eisenkesseln und 2 Kreuzern übertragen sind. Das sind Aufträge von circa 30 Millionen Mark! In dieser Höhe ist noch nie eine deutsche Werft vom Marine-Minister beauftragt worden. Dazu kommt nun aber noch, daß die Krupp'schen Kanonenerwerke in Essen auch die hauptsächlichste artilleristische Ausrüstung der Kriegschiffe zu beschaffen haben.

Das ist ein Geschäft.

W.

Englischer und amerikanischer Lokomotivbau.

Der „Vorwärts“ wird aus London geschrieben: Vor einigen Monaten theilte der Direktor der Midland Eisenbahn-Gesellschaft in einer Generalversammlung den Aktionären mit, daß er genöthigt gewesen sei, einige Aufträge auf Lieferung von Lokomotiven an amerikanische Firmen zu vergeben. Nicht der billigere Preis habe ihn dazu veranlaßt, setzte er hinzu, sondern die kürzere Lieferungsfrist; keine englische Firma habe es übernehmen wollen, vor Ablauf von 15 Monaten die Lieferung auszuführen, die Amerikaner aber verlangten nur 10 Wochen bezw. 4 Monate Lieferungsfrist.

Die Mittheilung machte allgemeines Aufsehen und rief einen gänzigen Bekleidungsstreik hervor; die widersprechendsten Ansichten über Thatsache, Umfang und Ursache der geringeren Leistungsfähigkeit der englischen Eisenindustrie wurden laut. Einige sachkundige Leute machten die Schwerefalligkeit der englischen Fabrikanten und die unzweckmäßige Art der Organisation der Industrie dafür verantwortlich, andere Leute waren schnell bei der Hand, die Schuld den englischen Arbeitern bezw. den Gewerkschaften in die Schuhe zu schieben.

Ihnen antwortete jüngst G. Barnes, der Sekretär der großen Maschinenbauergewerkschaft, in einem interessanten Zirkular. Da die erwähnte Anlage auch in Deutschland ihr Echo gefunden hat, werden einige Auszüge aus dem Schriftstück willkommen sein.

Barnes theilt zunächst eine Reihe von Zahlen mit, die darthun, daß die englische Lokomotiven-Industrie sich in nichts weniger als gedrückter Lage befindet. Sie beschäftigt mehr Arbeiter als seit Jahren. Läßt Doppelschicht und Ueberzeit arbeiten, um nur alle Aufträge ausführen zu können, und weiß, wie überhaupt die englische Maschinenindustrie, steigende Ausfuhrziffern auf. In den acht größten Lokomotivfabriken Englands waren beschäftigt:

Jahr:	1893	1894	1895	1899		
Personen:	7420	6600	6220	10356		
Der Werth der Ausfuhr von Lokomotiven betrug:						
Jahr:	1893	1894	1895	1896	1897	1898
Tausende Pfd. Sterl.:	843	750	798	1078	1006	1488
In den ersten 3 Monaten dieses Jahres wurden Lokomotiven ausgeführt für 341361 Pf. Sterl. gegen:						
Jahr:	1895	1896	1897	1898		
Tausende Pf. Sterl.:	198	236	338	203		

Kurz, die englische Industrie sei vollauf beschäftigt, und wenn die Fabrikanten Aufträge auf schnelle Lieferung ablehnen müßten, so deshalb, weil sie schon so viele Aufträge vorgebucht hätten, daß es für sie einfach eine physische Unmöglichkeit sei, solche zu übernehmen. Die britische Arbeit ist so voll beschäftigt, die ganze Welt von China bis Peru zu versorgen, daß ihr keine Zeit verbleibt, die Midland-Gesellschaft auch noch zu befriedigen.

Dies die eine Seite der Frage. Die andere ist, daß in der That die Lokomotivenausfuhr der Vereinigten Staaten verhältnismäßig schneller wächst als die Englands. Ohne sich mit den „nie Zufriedenen“ zu identifizieren, die „immer noch glauben, daß England die Werkstätte der Welt zu sein habe“, geht Barnes auch auf diese Frage ein. Er bestreitet nicht, daß die amerikanischen Fabrikanten im derzeitigen individualistischen Geist der Arbeiter Amerikas einen gewissen Vortheil vor den englischen Fabrikanten voraus haben. Dieser Geist, ein Erbstück aus der Zeit, wo jeder es zu ökonomischer Unabhängigkeit bringen konnte, werde nothgedrungen vor den neuen Verhältnissen verschwinden und der Gewerkschaftsgeist auch die amerikanischen Arbeiter erfüllen. Heute aber herrschen in der amerikanischen Industrie Verhältnisse wie anfangs des Jahrhunderts in England, der Fabrikant thue, was er wolle, er rade die Arbeiter bis zu völliger Erschöpfung ab. In der Lokomotivfabrik von Baldwin Brothers in Philadelphia schafften die Arbeiter, die Nachtarbeit hatten, 13 Stunden mit nur 20 Minuten Epauße. Solche Arbeitszeit sei unvereinbar mit genügender Erfüllung der Pflichten gegen Familie und Gesellschaft und Erhaltung der Leistungsfähigkeit auf längere Zeit. Und — heißt es wörtlich — „während wir die Nothwendigkeit, möglichst auf der Höhe der Zeit zu bleiben, voll anerkennen, nehmen wir keinen Anstand zu erklären, daß der britische Maschinenbauer sich auf diese lange Arbeitszeit nicht einlassen wird, was das Geschäft gehen, wohin es will.“ Es gebe aber noch andere Mittel, das Geschäft im Lande zu halten, und diese lägen mehr in der Hand der Fabrikanten, als der Arbeiter.

Das erste Mittel sei: vollste Ausnutzung des Maschinenwesens. Arbeiter und Fabrikanten thäten gut, hierauf ihr Augenmerk zu richten und die Arbeitszeit so zu regeln, daß die Unterbrechung für das erste Frühstück wegfallen und die Arbeitszeit im Ganzen verkürzt werden könne.

Das zweite Mittel sei: Zentralisation der Industrie. Was auch die zeitweilige Rückwirkung der amerikanischen Syndikate (Cartelle, Trusts) auf die Position der Arbeiter ist, sie haben ganz sicher zu größerer Oekonomie in der Arbeit geführt. Ihr Resultat sei die Verbilligung der Produktion als Frucht der Fabrikation auf großem Maßstabe. Umwäges Personal sei ausgewerzt, die Arbeit spezialisiert und damit ihre Leistungsfähigkeit erhöht worden. Bestimmte Maschinen wurden ausschließlich für bestimmte Arbeiten verwendet. In der vorerwähnten Fabrik von Baldwin wurden nahezu 18000 Mann beschäftigt, mehr als (von Eisenbahn-Werksstätten abgesehen) in allen Lokomotivfabriken Englands zusammengekommen. Sie wurden fast ausschließlich zur Anfertigung eines bestimmten Typs (Modells) von Lokomotiven beschäftigt, welche Spezialisierung zu neuen Erparnissen geführt habe. Kurz Zentralisation und Spezialisierung geben den amerikanischen Produzenten einen enormen Vorsprung, und insoweit, als sie auf der Seite des Fortschritts liegen, würden wir sie hier willkommen heißen. Und, was vielleicht ebenso wichtig ist, es muß zwischen Unternehmern und Angestellten nach Recht und Billigkeit gehandelt werden. Beide sind bis zu einem gewissen Grade durch eingewurzelte Gewohnheiten und soziale Bedingungen gehemmt und gebunden. Aber es ist der Beweis schon geliefert worden, daß selbst innerhalb dieser allgemeinen Bedingungen ein weiter Spielraum gelassen ist

für die erfolgreiche Befolgung dessen, was man nicht unzutreffend die Politik des einflussvollen Interesses genannt hat.“ Beweis: die Mills, Mathew, Allan, auf deren Werken die Verbindung von Intelligenz mit der körperlichen Arbeit ermuntert werde, ohne zu ungebührlicher Ausbeutung zu führen. In der von ihnen eingeschlagenen Richtung liege der Fortschritt.

So das Rundschreiben, das vornehmlich darin bemerkenswerth ist, daß es unumwundener als irgend ein früheres offizielles Aftenstück des Maschinenbauers-Bereins das Loblied der modernsten Betriebsformen — ja, wie man sieht, des Trusts singt. Ebenso gemäßig im Ton wie es entschleiden in der Sache ist, zeigt es den Umschwung in der Denkweise an, der sich seit einigen Jahren in dieser großartigen Organisation vollzogen; und durch den erfolgreichen Kampf zwischen sich noch moderne und rückständige Bestrebungen' Versuche, die Einführung arbeitssparender Maschinen zu erschweren, mit Fortberungen, welche steigende Oekonomie in der Produktion voraussetzen und dieser zweifelsüchtige Charakter des Kampfes war eine der Hauptursachen seines ungünstigen Ausganges. Von ihm ist in diesem Rundschreiben nichts zu merken. Was es hinsichtlich der Vortheile der Spezialisierung in der amerikanischen Lokomotivindustrie sagt, stimmt mit den Feststellungen der Fachpresse überein. Die Amerikaner bauen bestimmte Typen sozusagen „auf Lager“, die Engländer sind gewohnt, sehr detaillierte Bestellungen zu erhalten, deren Aufriß allein längere Zeit in Anspruch nimmt.

Gewinnbetheiligung der Arbeiter.

Der bekannte Fabrikant G. Freese-Berlin hat unlängst eine Schrift herausgegeben, die den Titel führt: „Fabrikantenglück! Ein Weg, der dazu führen kann.“ Der Verfasser hat schon 1896 „Fabrikantensorgen“ veröffentlicht, worin er u. A. sehr erfreuliche Erfahrungen in Betreff des in seinen Fabriken eingeführten achtstündigen Arbeitstages näher darlegt. Seine neueste Schrift „Fabrikantenglück“ beschäftigt sich ausschließlich mit der Gewinnbetheiligung. Er nennt sie das „wirksamste Mittel zur Verbesserung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter und eines der wirksamsten zur Hebung der Lage der arbeitenden Klassen“ und behauptet, „daß es kein Lohnsystem gibt, das eine gerechtere und wissenschaftlichere Grundlage hat.“

Gegen den Einwand, daß nur der Unternehmer einen gerechten Anspruch auf den Gewinn habe, bemerkt Freese, „daß die meisten Aktionäre kapitalistischer Gesellschaften doch auch mit der Leitung gar nichts zu thun haben, trotzdem aber ihre Dividenden einstreichen. Man sollte meinen, daß so gut wie die Aktionäre auch die Angestellten einen Anspruch auf einen gewissen Antheil vom Reinertrage haben sollten.“ Dem Einwand, daß eine Antheilnahme am Gewinn nur zulässig sei, wenn die Angestellten auch am Verluste theilnehmen, hält er entgegen: „Auch die Direktoren von Aktienunternehmen beziehen hohe Saldien vom Gewinn. Es ist aber noch niemals Jemand eingestiegen, sie auch zum Verlust heranzuziehen. Wo die Arbeiter aus ihren Gewinnantheilen Aktien oder Geschäftsantheile des Unternehmens erwerben, sind sie überall in gleicher Weise wie Direktoren oder Aufsichtsräthe, die gleichzeitig Aktionäre sind, dem Verluste ausgesetzt.“

„Fast alle Unternehmer“, sagt Freese, „beklagen sich darüber, daß die Mehrzahl ihrer Arbeiter die ihnen übertragenen Obliegenheiten nur mit gerulger Sorgfalt und Lust ausführen, und stellen das geringe Interesse ihrer Leute dem von ihnen selbst entwickelten Eifer gegenüber. Sie übersehen dabei leider, was diese große Verschiedenheit in der Arbeitsleistung hervorruft. Wie kann der Arbeitgeber verlangen, daß der Angestellte mit dem gleichen Eifer die Geschäftsinteressen wahrnimmt wie er, da er für sich selbst, die Angestellten aber für einen Andern arbeiten müssen? Der Verzicht des Unternehmers auf einen bescheidenen Theil des Reingewinns erhebt den Angestellten von der einfachen Stufe des Entlohnten zu der höheren des Mitarbeiters und Beteiligten, von dem der Unternehmer andere Leistungen beanspruchen kann und erreichen wird.“

Das Antheilssystem soll zwischen Unternehmern und Arbeitern das einigende Band bilden, das dem heutigen Lohnsystem, wie der Anblick lehrt, fehlt:

„Die Arbeiter sind, wie der Unternehmer, denkende und fühlende Wesen, die die Arbeit ihrer Hände als ihr einziges erworbenes Kapital dem Unternehmer zur Mitarbeit anbieten, um Arbeitsleistungen auszuführen, die er allein nicht übernehmen kann. Daß diese Masse arbeitswilliger Hände dem Unternehmertum heute feindlich gegenübersteht, anstatt an seinem Erfolge mit Kopf und Hand theilzunehmen, ist das eindringlichste Zeichen dafür, daß in dem heutigen Lohnsystem nicht Alles so ist, wie es sein sollte. Die Beteiligung am Unternehmerrgennin kann hier helfend eintreten. Nicht als eine einfache Lohnzulage oder gar als Almosen, sondern als ein neues Lohnsystem, das die vorhandenen Gegensätze überbrückt und alle Beteiligten eines Unternehmens zu einer Familie vereinigt.“

Der Verfasser hat die Gewinnbetheiligung 1888 für seine Beamten an Stelle der früheren Weihnachtsgroßifikationen eingeführt und mit einem Antheile von 2 Proz. des Reingewinnes begonnen. Seither ist der Antheil seiner Beamten auf 5 Proz. und der der Arbeiter auf 7 1/2 Proz. erhöht worden, sodas gegenwärtig 12 1/2 Proz. zur Beteiligungs kommen. Die Arbeiter erhalten 1/2 ihrer Antheile baar, das letzte Drittel fließt in eine von ihnen verwaltete Unterehaltungskasse, die das Eigentum der Arbeiterschaft ist. Die Antheile der Beamten schwanken in den Jahren 1888—1898 zwischen 3 Proz. und 24,64 Proz., die der Arbeiter zwischen 0,42 Proz. und 7,33 Proz. ihrer festen Gehalte und Löhne. In der Zeit von 1888—1898 stieg die Durchschnittszahl der Angestellten von 114 auf 255 und der Umsatz von M. 422.371,69 auf M. 1.127.076. Das ist eine Steigerung des Umsatzes um 167 Proz., während in dem gleichen Zeitraum der Geschäftsgewinn um 268 Proz. stieg und zwar nach Abzug der Antheile der Beamten und Arbeiter. „Ich habe also“ — so bemerkt der Verfasser — „keine Veranlassung, mit den Ergebnissen unzufrieden zu sein.“

Vom Standpunkt des Unternehmers aus mag Herr Freese Recht haben, wenn er sich betreffs der erwarteten Verbesserung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter auch wohl Illusionen hingibt. Anders liegt dagegen die Sache vom Standpunkte des Arbeiters aus. Es leuchtet auf den ersten Blick ein, daß das System der Gewinnbeteiligung eine neue Methode ist, die Arbeitsleistung des Arbeiters zu steigern, d. h. also, mehr Arbeitskraft aus ihnen herauszupressen, als vorher. Diese gesteigerte Arbeitsleistung kommt zum größten Theil dem Unternehmer zu Gute und nur zum geringsten Theil denjenigen, die diese Mehrarbeit leisten. Was also das Kapital den Arbeitern abnimmt in Scheffeln — um mit Schiller zu reden — das gibt es ihnen löffelweise wieder. Es läßt sich deshalb wohl verstehen, daß Herr Freese als Fabrikantenglüd nennt, für die Arbeiter wäre es aber besser, wenn sie einen höheren Lohn und eine kürzere Arbeitszeit hätten, anstatt daß man ihnen ein paar Brocken vom Reingewinn hinreichet. Denn im Grunde genommen sind sie es doch, die den Reingewinn erzielen, und wenn sie einen Theil davon als Almosen — anders kann man die freiwillige Gabe nicht nennen — zurückhalten, so bedeutet das doch nur eine Verschleierung der wirtschaftlichen Gegensätze.

Eine Geldenthat der Tieler Polizei.

Anfang März kam ein Feilenhauergefelle in Kiel zugereist und fand alsbald Arbeit in der Werkstelle von Buchholz. Der Mann war ein Bundesgenosse von der heiligen Trübelallanz, ein Oesterreicher, genauer: ein Böhme. Sein Meister mußte den fleißigen, intelligenten Arbeiter bald zu schätzen, und beide Theile dachten, daß ihr Verhältnis ein dauerndes sein würde. Bei uns in Deutschland lenkt aber bekanntlich die Polizei. Unser Böhme, dessen Papiere übrigens völlig in Ordnung waren, war kaum 14 Tage in seiner Bude, als eines schönen Morgens ein Schutzmann erschien und ihn aufforderte, ein Leumundszugzeug mitzubringen, widrigenfalls er ausgewiesen würde. Der Arbeiter schreibt also sofort nach seinem Heimathsort, hinter Pilsen gelegen, wegen des verlangten Zeugnisses. Aber bekanntlich ist die hervorragende Eigenschaft des österreichischen Beamtenhums das „Wursteln“. Zumal, wenn ein armer Teufel mit leeren Händen kommt, und noch dazu aus weiter Ferne brieflich. Nach 4—5 Wochen, Mitte April, erhält er endlich Antwort, aber nicht etwa das Zeugniß, sondern er solle zunächst einmal die Gebühren (1 Gulden) einsenden. Er sendet sofort das Geld ein, und nun gebietet für ihn wieder ein lauges Warten. Er wartet und wartet, das Papier kommt nicht. Wer aber nicht wartet, ist die königliche Polizei in Kiel — sie schickt ihm eines schönen Tags, am 21. Juni, die Ausweisungsbordere. Diefelbe hat folgenden Wortlaut:

Der Polizei-Präsident. Kiel, 14. Juni 1899.
Zgl. Nr. II 1202/3.

Sie werden hierdurch aus dem preussischen Staatsgebiete ausgewiesen und haben dasselbe binnen 1 Woche zu verlassen. Reisten Sie diesem Befehle keine Folge, so wird gegen Sie auf Grund des § 132 des Landes-Verwaltungs-Gesetzes eine Geldstrafe von 150 M festgesetzt, an deren Stelle im Unvermögensfalle eine Haftstrafe von 2 Wochen tritt; außerdem erfolgt sodann Ihre zwangsweise Abschiebung.

Bei unerlaubter Rückkehr werden Sie auf Grund § 361, 2 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich bestraft werden.

Falls Sie nicht im Besitz von Reifsmitteln sind, können Sie sich an das hiesige kaiserlich-königlich-österreichisch-ungarische Konsulat wenden.

J. B.: v. Blome.
An den österreichischen Staatsangehörigen
Herrn Feilenhauer Franz Jandik
hier
Feldstr. Nr. 27.
Kiel, 21. Juni 1899.
Aufschub bis 5. Juli gewährt.
Der Polizei-Präsident.
J. A.: Stephan.

Jandik begibt sich sofort nach dem Polizei-Präsidium und stellt dort eindringlich vor, daß er seinerseits sich um das verlangte Zeugniß nach Kräften bemüht hat und daß die Nichterfüllung der an seine Aufenthaltserlaubnis geknüpften Bedingung nicht seine Schuld ist. Er legt den Postquittungs-scheine vor, der beweist, daß er die Gebühren längst eingezahlt hat. Hilft alles nichts, die Polizei bleibt auf ihrer Ausweisung bestehen. Gründe für ihre Maßregel besteht die Behörde trotz dringendster Aufforderung nicht anzugeben. Jandik ist sich seiner Schuld bewußt, er ist nie bestraft, politisch nie hervorgetreten und war bloß Mitglied des Metallarbeiterverbandes.

Auf seine Bitten wird ihm ein Aufschub bis zum 5. Juli gewährt. Zugewiesen schreibt er noch einmal in eingeschriebenem Brief an seine Heimathsgemeinde und legt ihr dar, was für Folgen das Ausschleiben des Zeugnisses für ihn hat. Endlich, am 29. Juni, kommt das Document an. Es lautet folgendermaßen:

Wohlverhaltenszeugniß.
Vom gefertigten Gemeindevorstand wird hiermit bestätigt, daß Franz Jandik, geb. u. f. w. immer wohlverhalten und anständig ist.

Das Schriftstück ist unterschrieben vom Gemeindevorsteher, beglaubigt vom Pfarrer und bestätigt vom Bezirkshauptmann.

Mit diesem Zeugniß seiner völligen Harmlosigkeit kanns ihm, so denkt unser Böhme, nicht fehlen. Er läuft wieder aufs Polizei-Präsidium. Aber das von ihm, der unsere Polizei nicht kennt, für unmöglich Gehaltene wird Ereigniß: die Ausweisung bleibt anfrecht erhalten, er muß, wenn seine Frist abgelaufen ist, fort.

Nun wendet er sich an den österreichisch-ungarischen Konsul. Der Herr empfängt den Arbeiter sehr kühl und beneidet ihm zunächst jeden Beistand: Er meint: „es wird schon was gegen Sie vorliegen.“ Auf die energische Verneinung Jandiks hin wird er stuhig und bestellt Jandik für den folgenden Tag. Und da endlich erfährt J. den Grund seiner Ausweisung: „Das kommt von Hildesheim her“, erklärt ihm der Konsul und weist ihm definitiv die Thür.

Was aber war in Hildesheim passiert? Welche schwarze Thaten hatte unser Böhme dort begangen? Nun, er war in Hildesheim, wo er zwei Jahre lang, bevor er nach Kiel kam, in Arbeit gestanden, Mitglied des Metallarbeiterverbandes, sogar (man schaudere) Kartelldelegirter gewesen. In seiner lehrteren Eigenschaft hatte er in gewerkschaftlichen Versammlungen für die Errichtung eines Arbeitsnachweises gewirkt. Schließlich hat er wegen Differenzen mit seinem Arbeitgeber Hildesheim verlassen. Diese Differenzen waren aber von einer für J. sehr ehrenvollen Natur, sie betrafen die Maßregelung eines Kollegen.

Politisch ist Jandik auch in Hildesheim nie hervorgetreten, in seiner bescheidenen (der Mann spricht nur gebrochen deutsch, konnte also schon aus diesem Grunde kein hervorragender „Agitator“ sein) gewerkschaftlichen Thätigkeit hat er sich, seines Wissens, der Polizei nie bemerkbar gemacht, und so kann er seine Ausweisung nur einer Denunziation von Arbeitgeberseite zuschreiben.

Jandik hat sein Bündel gepackt und ist abgehoben, ein Typus des internationalen, heimathlosen, polizeigehegten Proletariats. Als der außerordentlich sympathische, bescheidene Mann, schreibt die Schlesw.-Holst. Volksztg., von uns Abschied nahm, nachdem er uns seine Lebensgeschichte erzählt und durch Dokumente belegt hatte, meinte er, vielleicht um einem überflüssigen Trostwort vorzubeugen, vielleicht auch, um uns über die Geldenthaten unsrer vaterländischen Behörden zu beruhigen: „Preußen ist nicht Deutschland!“

Und von den Reuten, die eine solche Geldenthat vollenbringen, hat sich die Reichsregierung das Material zu ihrem Gesegentwurf zum Schutze der gewerblichen Arbeit liefern lassen!

Der Ausstand der Former und Gießereiarbeiter in Torgelow ist beendet.

In der Sache, betreffend die Feststellung der Bedingungen der Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses in den Torgelower Gießereien ist heute folgende Vereinbarung zu Stande gekommen:

1. Innerhalb der Fabrikräume darf keinerlei Agitation betrieben werden, im Uebrigen werden sich aber die Arbeitgeber um die Zugehörigkeit der Arbeitnehmer zu den verschiedenen Vereinen nicht weiter kümmern.
2. Die Bildung eines Arbeiterausschusses für jede Fabrik wird abgelehnt; dagegen versprechen die Arbeitgeber, in allen wichtigen Sachen die Vorstände der Betriebskrankenkassen anzuhören.
3. Durch Akkordzettel oder Akkordbücher soll bei Herausgabe der Modelle in jedem Falle der Akkordtag für die Arbeit festgestellt werden.
4. Bezüglich der Lohndifferenzen wurde im Allgemeinen festgestellt:

Der Lohn für diejenigen Maschinenformer, die bisher pro Kasten 4 $\frac{1}{2}$ S erhalten haben, soll zunächst um $\frac{1}{4}$ S, später auf den Minimalatz von 5 S erhöht werden.

Auch bei Platten- und Handformern werden die bisherigen geringsten Lohnsätze, soweit die Firma P. S. Sauer in Frage kommt, um 5 Proz. erhöht.

5. Die 10stündige Arbeitszeit wird nur für die Wintermonate, d. h. für die Zeit vom 1. Oktober bis 1. April, zugestanden. Während der Sommermonate beträgt die Arbeitszeit 11 Stunden. Den Akkordarbeitern ist aber gestattet, die Fabrik nach Beendigung ihrer Tagesarbeit zu verlassen.

Den Tagelohnarbeitern wird die 11. Stunde besonders bezahlt.

6. Nach erfolgter Abnahme von Gußstücken ist der Former für daran später vorgefundene Mängel nicht haftbar.
7. Die Arbeit wird spätestens am Montag, den 10. ds. Mts. in allen Fabriken wieder aufgenommen. Die Wiedereinstellung der Streikenden und Ausgesperrten erfolgt nach Bedarf und werden in erster Linie Torgelower berücksichtigt.

Akkordmünde, den 4. Juli 1899.

Das Gewerbegericht für den Kreis Mecklenwüde als Einigungsamt.

(Folgen die Unterschriften der Unternehmer- und Arbeiter-Vertreter.)

Die Arbeiter haben diesem Vergleich ihre Zustimmung gegeben und beglücken die Unternehmer, obwohl letztere anfänglich die seitens ihrer Vertreter vereinbarten Bedingungen nicht anerkennen wollten. Sonach wurde Montag, den 10. Juli, die Arbeit in sämtlichen Betrieben wieder aufgenommen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß an einzelnen Orten Vorbereitungen zu Lozhubereinigungen getroffen oder die Arbeit niedergelegt wurde, ohne daß dem Vorstand hiervon Anzeige erstattet und dessen Beschluß abgewartet worden ist. Wir verweisen deshalb an dieser Stelle auf die diesbezüglichen Bestimmungen des Statuts und machen darauf aufmerksam, daß Angriffsstreiks 3 Monate vor Beginn beim Vorstand anzumelden sind. Ebenso ist über eventuelle einzuleitende Abwehrstreiks an den Vorstand genau Bericht zu erstatten und dessen Beschluß abzuwarten, ehe die Arbeit niedergelegt oder die Kündigung eingereicht wird.

Die Nichtbeachtung der statutarischen Vorschriften hat die Ablehnung jedweder Unterstuhung für Angriffs- und Abwehrstreiks zur Folge.

Ausgeschlossen aus dem Verband wird, nach § 3 Abs. 7 des Statuts: auf Antrag der Verwaltungsstelle Sect. der Maschiner in Nürnberg: der Maschiner Josef Sanger, geb. zu Wien, B.

Nr. 114 465, wegen Denunziation. auf Antrag der Verwaltungsstelle Sektion der Schläger in Fürth: der Aluminiumschläger Fritz Eisenbeis, geb. am 22. Oktober 1866, B. Nr. 291 888; die Beschneiderin Margaretha Eisenbeis, geb. am 12. März 1875, B. Nr. 803 258; beide wegen Streikbruchs.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160 IV, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Quittung

über die im Monat Juni 1899 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

- Von: Aachen M 150. Altenburg 600. Altona 400. Aue 48. Augsburg. Feilenhauer 57,33. Beierthelm-Bulach 58,62. Bernburg 150. Bieber 85. Bielefeld, sämtl. Verwaltungsstellen 1150,75. Brandenburg 500. Braunschweig, Schlosser 300. Bremen: Allgem. 150, Heizer 4. Breslau: Allgem. 200. Klemmner 70. Büdelsdorf 150. Cannstatt, Schmiede 190. Chemnitz 1100. Grefeld 183,75. Dessau 150. Dresden 1500. Gilenburg 100. Gilpe 28,80. Eisenach 3 60. Elbing 70. Elmshorn 100. Erfurt: Allgem. 46, Klemmner 50. Essen 200. Gillingen, Schmiede 145,90. Frankenthal 200. Frankfurt a. M., Mechaniker 70. Freiberg i. S. 52,69. Fürstwalde 160. Fürth: Allg. 100, Metallbrüder 133,15. Gabling 120. Gelsenkirchen-Schalke 60. Gera 100. Goldlauter 95. Greifswald 25. Greiz 120. Groitzsch 161,13. Gruna 200. Gustavsburg-Postheim 18,20. Halle a. S. 300. Hainburg: Allg. 2700, Feilenhauer 10,80. Hannover 400. Harburg 290. Heidelberg 100. Heidenheim 100. Heiligenhaus 100. Hörde 43,50. Ikehoe 60. Kaiserlautern 50. Kappel 5. Karlsruhe-Mühlburg 95,70. Köln a. Rh.: Allg. 30, Klemmner 50. Leipzig 3300,60. Limbach 30. Löbau 50. Lollar 200. Lübeck 300. Magdeburg-Sudenburg 400. Mannheim 800. Meissen 175. Merseburg 100. Mündelheim 30. Müggeldorf 149,95. Mügeln 50. München: Schlosser 800, Rechts der Jar 100. Mündenheim 120. Neusalz a. d. Ob. 35. Nürnberg, Schleifer 100. Offenbach a. M. 840. Oldenburg 50. Olschlag 45. Peitz 85. Pforzheim 150. Prenzlau 20. Quedlinburg 110. Rade v. Wald 25,60. Riesa 150. Rosslau 55. Rostock 150. Rostweir 40. Solingen 80. Schnigling-Doos 100. Steglitz 60. Stuttgart: Allg. 383,30. Trieburg 100. Vegeack 67. Welbert 150. Weiskau 150. Wilhelmshaven-Bant 400. Würzen 100. Zeitz 100. Zerbst 65,63. Zittau 100. Einzelmitglieder der Hauptkasse 280. Für Protokolle der 4. ordentl. Generalversammlung 194,15 Reisehandbücher 4,70. Schwarzwalddistrikten 1.

Quittung

über die vom 1. bis 30. Juni 1899 eingegangenen Gelder für die ausgesperrten Kollegen in Danemark.

- Von: Aue M 14,05. Cannstatt, Schmiede 20. Chemnitz 100. Grefeld 16,25. Delitzsch 6. Dresden 82. Ertlingen 10. Feuerbach 8,80. Freiburg i. Br. 40. Geißlingen a. St. 12,75. Goldlauter 5. Greizsch 26. Hainholz 48. Halle a. S., Feilenhauer 9,10. Harzgerode 12,20. Jena 25. Karlsruhe-Mühlburg 23,30. Kiel 100. Köln a. Rh. 40. Köln-Ehrenfeld 11,50. Lauenburg 25. Lollar 15. Markranstädt 7,45. Merseburg 18. München, Stebmacher 5. Mündenheim 45,20. Offenbach a. M. 70. Peitz 18. Rade v. W. 30,05. Regensburg 13,55. Striegau 4. Uelzen 6,30. Wierzen 13,85. Wilhelmshurg 50. Wismar 32,25. Würzen 23. Würzburg 35. Summa M 1031,60.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden dringend gebeten, die vorstehende Quittung genau durchzusehen und etwaige Anstände sofort nach hier mitzutheilen.

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Former.

Cannstatt. Am 25. Juni fand im „Ruffischen Hof“ eine öffentliche Verleumdung der Former von Stuttgart, Cannstatt und Umgebung statt, in der Kollege Weismann aus Stuttgart referierte. Er schilderte zunächst die mißlichen Arbeitsverhältnisse in den Gießereien, die in solchem Maße wohl in keiner anderen Branche vorhanden seien. Man sollte deshalb glauben, daß gerade die Former es sein müßten, die daran denken, wie sich ihre Lage verbessern läße. Aber gerade das Gegentheil sei der Fall, die Zahl der organisierten Former sei besonders in Süddeutschland eine sehr geringe, die große Masse derselben verhalte sich völlig theilnahmslos und gleichgültig. Dies gelte insbesondere auch den Cannstatter Kollegen und deshalb sei an eine Besserung auch nicht zu denken. Ein Beispiel sollten sich die Former an ihren Unternehmern nehmen, die sich im Verband der Deutschen Metallindustriellen einmüthig zusammengeschlossen haben und deren Bestreben dahin geht, jede Forderung ihrer Arbeiter abzuweisen. Redner führte verschiedene Beispiele an und übte besonders scharfe Kritik an dem Verhalten des württembergischen Königs Stumm (des Herrn Kommerzienrath G. Stuh in Vrg) seinen Zuffenhausener Formern gegenüber. Nicht genug, daß dieser Herr die betreffenden Arbeiter, als sie sich weigerten Streikarbeit zu machen, kurzer Hand entlassen habe und ihnen ihren Lohn und ihre in der Zwangsparafasse angelegten Ersparnisse zurückschaltete habe, auch ihre Namen habe er in allen württembergischen Amtsblättern veröffentlicht, damit sie nirgends Arbeit erhalten könnten. Weiter habe er nun auch noch Klage gegen dieselben gestellt auf Erstattung der Kosten, die die Streikenden ihm dadurch verursacht haben sollten, daß er durch diesen Streik genöthigt gewesen sei, um die Arbeitswilligen zu schützen, eine Schutz-

truppe zu unterhalten, die 2100 Mk kostete. Als ob, wenn je Belastigungen Arbeitswilliger vorgekommen wären, die für-jorgliche Polizei nicht völlig ausgereicht hätte, dies zu ver-hindern; oder geschah es etwa auf Wunsch der Streikenden? Redner wies dann darauf hin, wie ein solches Vorgehen des Herrn Kuhn unmöglich gewesen wäre, wenn die Formner von Stuttgart und Cannstatt in ihrer Mehrheit der Organisation angehört und sich mit ihren Ruffenhausener Kollegen sol-darisch erklärt hätten. Redner sprach auch seine Verwunder-ung darüber aus, daß Herr Kuhn für eine solche Klage einen Rechtsanwalt gefunden habe. In der darauf folgenden Dis-kussion machte ein Kollege darauf aufmerksam, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen unmöglich sei, daß der einzelne Arbeiter, ja selbst nicht die einzelne Werkstätte eine Besserung der Arbeitsverhältnisse herbeiführen könne und stellt den Antrag, daß eine Konferenz für die Formner Würt-tembergs stattfinden solle, die womöglich aus jeder Gießerei durch einen Kollegen geschickt werden und wo dann berathen soll, ob es nicht möglich sei, ein einheitliches Zusammen-gehen sämtlicher Formner in Bezug auf Regelung der Ar-beitsverhältnisse und Besserung der wirtschaftlichen Lage herbeizuführen. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag ein-stimmig angenommen und eine aus drei Kollegen bestehende Kommission eingesetzt, die die nötigen Vorarbeiten zu er-ledigen hat. Der Bevollmächtigte der Cannstatter Formner-ktion machte die Mitteilung, daß die Cannstatter Formner, aufgerüttelt durch das rigorose Vorgehen des Herrn Kuhn und die übrigen Mitglieder des Württembergischen Metall-industriellenverbandes, in letzter Zeit mehr Interesse für die Organisation gezeigt hätten, so daß im letzten Quartal sich 100 Kollegen dem D. M. B. angeschlossen haben und die Gesamtmitgliedszahl sich jetzt auf 160-170 belaufe. Er spricht die Hoffnung aus, daß auch die der Organisation noch fernstehenden Formner in der Maschinenfabrik Eßlingen, Filiale Cannstatt und der Streicher'schen Gießerei sich ihren Kollegen anschließen, indem diese doch auch keine Ursache hätten, den Bestrebungen ihrer organisierten Kollegen durch ihr Fernbleiben hindernd in den Weg zu treten.

Kathemow. Nachdem sämtliche am Formnerstreik be-theiligte Kollegen in anderen Gießereien in Arbeit getreten sind, wollen wir es nicht unterlassen, noch einmal auf die tauer haltloser werdenden Zustände bei der Firma Otto Schmidt aufmerksam zu machen. Als die Formner am 17. April die Arbeit niederlegten, war man bei der Firma höchst erstaunt über das einmütige Vorgehen unserer Kollegen, denn so etwas hatte man hier noch nicht erlebt. Die Firma hatte wohl schon etwas von „Organisation“ und „Einigkeit macht stark“ gehört, sie hatte sich aber nichts weiter dabei gedacht, da diese Worte nur von den bei ihr beschäftigten Gewerksvereiner gefallen waren, die ja bekanntlich stets mit dem Unternehmer im besten Einvernehmen stehen. Die aus-ständigen Formner haben nicht 3 unversucht gelassen, um Ver-handlungen mit der Firma anzubahnen, sie sind jedoch stets von derselben zurückgewiesen worden. Es war Herrn Schmidt zweifellos nur darum zu thun, die Organisation aufzureiben, wie müssen jedoch konstatieren, daß er gerade das Gegenteil herbeigeführt hat. In der Gießerei sieht es jetzt höchst traurig aus, da sich als Ersatz für die 8 Formner 2 Arbeitswillige gefunden haben. Die Schlosser und Dreher der Fabrik haben unter diesen Verhältnissen schwer zu leiden, die Dreher ver-dienen nach eigener Angabe wöchentlich 4-5 Mk weniger wie früher, den Schlossern gehts nicht besser. Fortwährend hört man von den Arbeitern Klagen über Lohnausfall, da es immer an Guß mangelt. Aber darüber nachzudenken, wie solcher Mißwirtschaft ein Ende herbeiführt werden kann, das fällt ihnen nicht ein, anstatt energig dagegen Front zu machen und sich zu organisieren, hüpfen sie lieber 4-5 Mk wöchentlich ein. Die Arbeiter der hiesigen Maschinenfabriken sollten es sich doch endlich einmal überlegen, ob es für sie nicht besser wäre, sich der Organisation anzuschließen, denn nur durch eine kräftige Organisation kann der Unternehmer gezwungen werden, seinen Erzherrn einen auskömmlichen Lohn zu zahlen. Die Kollegen der umliegenden Filialen er-fuchen wir, jeden Formner darauf aufmerksam zu machen, daß die Sperre über die Gießerei verhängt ist, damit die Kollegen nicht auf etwaige Inzertate hereinfallen.

Orgelow, 3. Juli. In der Nacht vom 1. auf 2. Juli, in der zwölften Stunde, zogen 4 Arbeitswillige die Dorfstraße ent-lang. Der eine war ohne Fußbekleidung, ohne Kopfbedeckung, die Hemdärmel angefüllt bis über die Ellbogen, die Hosen hochgezogen bis über die Kniee, bewaffnet mit einer Baunlatte. Sie suchten Streikende, die dann „bearbeitet“ werden sollten. Es wurde nach bestimmten Kollegen gesucht; da diese nicht zu finden waren, mußte Jeder plündern, der diesen Händlern begegnete. Die betr. Streikenden verhielten sich wie es zielbewußten Arbeitern zuzumutet, einige nahmen lieber eine Pracht Prügeln mit, um ja nicht eine Anklage zu bekommen. Die Kollegen, die wegliefen, wurden verfolgt bis auf Flur und Treppen. Der Anführer schlug mit einer Wagenrampe der Frau eines Kollegen, die anlässlich des Straußes mit der Komte auf den Flur kam, die Komte aus der Hand. Dies wird wohl nicht schlimm behandelt werden, denn die That hat ja ein Rußlandarbeiter, der außerdem ein Bruder von zwei Unternehmern ist, begangen. Man würde annehmen, daß diese Geschichte von den Unternehmern her-rührt. Denn ehe die Anstiftung stattfand, sagte der eine Unternehmer von der Karlsbütte zu einem Kollegen, daß es nicht mehr lange dauert, dann bekommen Mohler und Jahr-mann eine Pracht Prügeln, daß Sie an Orgelow denken und ihm den Rücken kehren werden. Die Stimmung hier gefällt den Unternehmern nicht, die Anstiftungen sind voll-ständig ruhig und soll ein Teil begünstigt getrieben werden, der die Günstigkeit der Arbeiter sprengt. Nach dem Vorfall von 1897/98 gab es viele Anstiftungen und haben die Herrn es ganz gerne, wenn wieder 27 Mann je zwei zusammenge-handelt, das Dorf entlang geführt wurden. Aber es wird ihnen das nicht gelingen, die Arbeiter werden sich ruhig verhalten.

Metall-Arbeiter.

Gerstbeck. Am 21. Juni fand die Mitglieder-versammlung bei Aug. Fiedler statt. Zunächst überreichte der Vorsitzende den Mitgliedern auf, sich reich rege an den Sammlungen für die bänigigen Ausgesperrten zu beteiligen. Diese erbatete dann Bericht vom Kartell über die Grün-dung eines Arbeitersekretariats. Hieran schloß Junge sein Report über die Gründung eines solchen, darauf hinweisend,

welch unschätzbarer Nutzen der Gesamtheit sowie auch dem Einzelnen dadurch entstehe; daselbe würde den Mitgliedern in jeder Rechtsache zur Seite stehen. Noch mehrere Redner sprachen sich für die Gründung aus. Auch die Frage, ob auch indifferente Kollegen diese Gründung zu Gute kommen sollte, wurde aufgeworfen. Schinemann befürwortete, diese Angelegenheit noch zurückzustellen, da doch sämtliche Redner für die Gründung gesprochen und die Abstimmung wegen der vorgerückten Zeit vorzunehmen. Die darauf folgende Ur-abstimmung ergab, daß sämtliche Anwesende mit Ausnahme eines Einzelnen, der sich der Abstimmung enthielt, dafür stimmten.

Bauhen. In der Maschinenfabrik vormals Göthe & Schulze sind wegen Leipziger Streikarbeit Differenzen aus-gebrochen. Zuzug ist fernzuhalten.

Bromberg. Am 27. Juni fand hier eine gut besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in der Genosse Bogowski aus Posen über „Mittel und Wege zur Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse in Bromberg“ referierte. In patender Rede schilderte er die mißliche Lage, in der sich hauptsächlich die in den Maschinenfabriken beschäftigten Arbeiter befinden, legte den Zweck und Werth der Organi-sation dar und forderte die Anwesenden auf, Mann für Mann dem D. M. B. beizutreten. Die Versammlung prote-stierte auch einstimmig gegen die Buchstabenvorlage und ließen sich sofort 12 Kollegen als Mitglieder aufnehmen.

Bromberg. Zu ernsten Betrachtungen gibt die Ma-schinenfabrik von H. Vöhrert, Akt.-Ges. hier, Veranlassung. In dieser Fabrik wurden seit ja 3 Jahren bei 11stündiger Arbeitszeit noch extra 15-28 und mehr Ueberstunden in der Woche gemacht. Die hiesigen Arbeiter priesen daher diese Dube als die „beste in Bromberg“. Als in der Breslauer „Vollstreckung“ ein Artikel erschien, in dem diese Zustände einer sachgemäßen Kritik unterworfen wurden, wurden die muth-mäßlichen Sündenböcke, ein Schlosser, der bereits 12 Jahre und ein Arbeiter, der ja 3 1/2 Jahre dort beschäftigt waren, sofort entlassen. Auch wurde in der Fabrik durch Anschlag bekannt gemacht, daß Herr Vöhrert, um allen Machenschaften zu begegnen, angeordnet habe, daß von heute ab (20. Juni) alle Ueberstunden aufhören. Ein Sturm der Entrüstung durchfuhr die Reihen der Arbeiter, doch nicht etwa über die Entlassung der beiden Arbeiter, sondern — daß die Ueber-stunden wegfielen! Leute, die bereits Jahre lang in der Fabrik arbeiteten, wurden erst jetzt gewahrt, daß ihr Lohn bei 11stündiger Arbeitszeit nicht so weit reichte, um die Miethe bezahlen zu können. Ein Komitee hatte sich bald gebildet, der Hauptmacher, Herr Kientopf setzte eine Petition auf einen großen Bogen Papier, in der die Unbedauerzeichneten Herrn Vöhrert achtungsvollst und ergebenst um Verzeihung und — Verbehalten der Ueberstunden (drei Mal in der Woche bis 9 Uhr und zwei Mal bis 12 Uhr) baten. Um nun recht viele Unterschriften zu bekommen, wurde den bes. Besens umkleiden und vielen anderen Arbeitern vorge-schwindelt, die Unterschriften würden zum Zwecke einer Lohn-erhöhung gesammelt. Dabei kamen von 200 Mann etwa 150 Unterschriften heraus. Eine Deputation von 6 Mann übermittelte Herrn Vöhrert achtungsvollst und gehorfaust diesen Schreibebrief! Daß Herr Vöhrert auf diese Bitte nicht einging, sondern nur bewilligte, daß jeder Arbeiter freiwillig Ueberstunden machen könne, wenn er sonst sein bischen freie Zeit nicht besser auszunutzen verstände, verdient gewiß An-erkennung und wir wollen ihm diese nicht vorenthalten; daß aber die Herren Kientopf und Konsorten nicht mehr Selbst-achtung und Erhaltungstrieb besitzen, thut uns herzlich leid. Bezeichnend für die Gesinnung dieser Herren ist noch, daß sie jeden organisierten Kollegen, deren es ja nur 2 Prozent hier gibt, ausgeben, damit er rausgeschmissen wird.

Fleisburg. In einer am 24. Juni stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde auf Antrag der Ortsverwal-tung beschlossen, ein Verbandsbureau einzurichten. Die Gründe hierfür liegen hauptsächlich in der vollständigen Stagnation unserer Organisation, die in den letzten zwei Jahren absolut keinen Fortschritt zu verzeichnen hat. Ein Uebel, das unseres Erachtens einestheils seine Ursache hat in dem chronischen Ortsverwaltungswechsel, andererseits in der mangelhaften Föhlung der Ortsverwaltung mit den Bezirks-kassieren, die doch am besten über die Verhältnisse innerhalb der Organisation orientiert sind. Aus diesem Grunde hielten wir die Miethe eines Zimmers für regelmäßig wöchentlich stattfindende Beratungen der Ortsverwaltung mit den Bez-irkskassieren, um uns von letzteren auf Mängel und Fehler innerhalb unserer Zahlstelle aufmerksam machen zu lassen, für durchaus geboten. Die große Majorität der Versamm-lungsbesucher verpflichtete dem durch Annahme folgender Reso-lution bei: Die heutige Versammlung hält den Beschluß vom 29. April betreffs Einrichtung eines Bureau aufrecht, doch verpflichtet sich die Ortsverwaltung, daß die Verwaltungskosten den Betrag von 40 Mk nicht übersteigen. Die Durch-schnittskosten der 7 letzten Quartale für diesen Posten be-trugen 37,16, woraus ersichtlich, daß die Bureaukosten aus den Ertragsüberschüssen für sachliche und persönliche Ausgaben ge-deckt werden kann. Nach Erledigung dieser Angelegenheit hielt Mitglied Ziel einen äußerst interessanten Vortrag über den Einfluß der Arbeitszeit auf Arbeitslohn und Arbeits-losgigkeit. In der Diskussion trat Kollege Jakob der Be-hauptung entgegen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit keinen durchgreifenden Einfluß auf die Verminderung der Arbeits-losgigkeit habe. Ziel erwiderte, daß wohl eine Verkür-zung der Arbeitszeit eine Verminderung der Arbeitskräfte in einer ganzen Anzahl Branchen, in denen die Intensivität der einzelnen Branchen sich nicht mehr steigern läßt, mit sich bringen würde, doch wäre es für den Kapitalisten ein Leichtes, diese Verkürzung der Arbeiteranzahl durch Ver-besserung der Technik wieder auszugleichen. Unter „Beschä-digung“ wurde sofortige Demission des Vorsitzenden beantragt, indem sich derselbe angeblich in einer Zeitungs polemik über Brandengensorglosigkeit und Philanthropie (Gewinnbetheiligung uft.) grobe Verhöhnungen gegen Arbeiterinteressen zu Schul-den hat kommen lassen. Die Sache soll in einer Werkstellen-versammlung der Firma Anton & Söhne unterucht und die dort gefassten Beschlüsse der nächsten Versammlung unter-breitet werden. Beschlossen wurde noch, die 25 J. Ertrab-eitige vom 1. Juli ab fallen zu lassen, ferner wurde eine Kommission gewählt, die die Vorarbeiten zum Stiftungsfeft zu treffen hat.

Sachsenburg, 24. Juni. Die vielen Unfälle, welche sich hier ereignen, geben Anlaß zu näheren Betrachtungen

des gesammten Betriebssystems. So wurde am 21. Juni einem Anstreicher, der zwischen zwei Waggons auf einem Boche stehend arbeitete, durch Auffahren der Lokomotive zwischen Puffer und Boche ein Bein zerquetscht, am 22. wurde ein Schlosser zwischen zwei Wagen, welche aufeinander liefen, berartig zerquetscht, daß er einige Stunden nachher starb. Hier war das schlechte Geleise Schuld, aber keine Unfall-Kommission, keine Behörde ließ sich sehen, den Thatbestand aufzunehmen. Jetzt wird schon fleißig daran verbessert, damit wenn nun noch Jemand kommen sollte, Alles in vor-schriftsmäßiger Ordnung angetroffen werde. Am 23. wurde einem Schreiner, der vom Hauptgeschäft aus Nürnberg hier arbeitet, an der Kreisstraße eine Hand schrecklich verschnitten. Duzende anderer Verletzungen werden meist ganz übersehen oder doch nicht weiter beachtet. Nun fragen wir, wie kann denn das Alles trotz den bestehenden Unfall-Verhütungs-Vorschriften nur vorkommen; woher kommt es ferner, daß der Fabrikinspektor in seinem Berichte erwähnt, die Firma könne ihren Bedarf an Arbeitern nicht decken? Nun, sehen wir zu! Die Entlohnung der Arbeiter ist eine derartige, daß dieselben nicht davon bestehen können. Die hohen Preise für Lebensmittel und Wohnungsmiethen, stets wachsende Steuern und Umlagen beschränken seine Lebenshaltung auf's Außerste. Wendet er sich dann an seinen Vorgesetzten, dann gib't's Afford, aber was für welchen? Kein Zettel wird ihm ein-gehändigt, daß er seine Arbeit berechnen könnte, und so kommt es, daß an den Zahltagen immer Differenzen entstehen und der Mißmuth sich dann auf die eine oder andere Weise Luft macht, was der Betriebsleitung doch unmöglich alles ent-gehen kann. Die Arbeiter, welche von der Mainzer Seite hierher kommen, werden durch die verschiedenartigsten Ver-fügungen und Polizeiverordnungen hinarirt, müssen ihre wenige freie Zeit durch einen großen Umweg verkürzen, höchst wahrscheinlich hat man dabei die Absicht, die Arbeiter auf die „Wohlfahrts-Einrichtung“, die Kolonie hinzuweisen, sie hier an die Kette zu legen. Die Meisten ziehen es bald vor, anderweitig Arbeit zu suchen. Nun herrscht Arbeiter-mangel, in allen Zeitungen, bis nach Königsberg i. B. Durch „fahrende Fänger“ werden Leute unter den üblichen Ver-sprechungen „hoher Lohn und dauernde Arbeit“ aus allen Pflanzungen der Windrose zusammengesammelt. Der erste Zahltag überzeugt sie schon eines — Schlechtern! Will nun der Mann ehrlich bleiben, sein Kostgeld bezahlen, so arbeitet er noch 8-14 Tage, macht eine große Zahl Ueberstunden hinzu, wird dadurch indirekt zum Lohnbrüder und schüttelt dann, um eine Enttäuschung reicher, den Staub von den Pantoffeln. So ist es erklärlich, daß die Firma niemals in den Besitz eines Stammes geschulter Arbeiter kommen kann, daß die immer neuen Leute mit den Eigenartigkeiten des Betriebes nicht vertraut sind und daß die große Zahl von Unfällen die unvermeidliche Folge eines solchen Systems sind. Diejenigen, welche hier ihren festen Wohnsitz haben, sind gezwungen, für einen Hungerlohn zu arbeiten, Ueber-stunden zu machen, den Lohn immer mehr herunter zu bringen. Im falschen Wahne, er verdiene etwas mehr, ver-fällt so der Arbeiter frühzeitig dem Siechtum, wird elend und krank, seine Familie leidet Noth und Entbehrung und wie bald beißt er ins Gras, seine Angehörigen hilflos zurücklassend. Drum, Arbeiter, sehet endlich ein, daß nur eine einige, geschlossene Masse Aenderung schaffen kann. Nur in der Organisation haben wir die Kraft, einem über-müthigen Unternehmertum die Stirne zu bieten. Allen denen aber, die uns noch fernstehen, rufen wir zu: „Organisirt Euch!“

Firma. Am 24. Juni tagte eine öffentliche Versam-mlung der Metallarbeiter in Pirna und Umgebung im „Ca-rolabad“, in welcher Genosse Redakteur Eichhorn über: „Die Metallindustriellen, die Hirsch-Dunderianer und der Deutsche Metallarbeiter-Verband“ referierte. Die Versammlung war erfreulicher Weise recht gut besucht, auch die hiesige Orts-gruppe des Hirsch-Dunder'schen Gewerkevereins war vertreten. Der längere, mit Beifall aufgenommene Vortrag des Referenten brachte eine sachliche, parteilose Darstellung über Zweck und Ziele dieser gewerblich so eng verbundenen, in ihren Verbänden aber getrennt gehenden drei Gruppen. Die hierdurch bewiesene überzeugende Nothwendigkeit für alle Ar-beiter dieser Branche, sich zu' Hebung ihrer Interessen ge-meinlich am D. M. B. zusammenzutun, veranlaßte natürlich auch einen Anhänger der Hirsch-Dunder'schen Richtung, für die letztere wiederholt in längeren Ausführungen einzutreten. Die hierdurch herborgerufene und von mehreren Seiten auf-genommene, übrigens allseits mäßig geführte Polemik der beiden Arbeiterverbände erbrachte aber für den Gewerkeverein unter den Versammelten wenig Stimmung, und schließlich behandete auch die Versammlung ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Genossen Eichhorn durch Annahme einer Resolution, welche nur in dem D. M. B. ein Mittel zur För-derung der Interessen der Metallarbeiter erblickt und allsei-tigen Beitritt empfiehlt. Bemerkenswert sei anzuschließen, daß die hiesige Zahlstelle des D. M. B. seit einiger Zeit einen starken Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hat; ein Umstand, der schließlich wohl auch in unserer kleinen gegnerischen Orts-gruppe einer anderen Ansicht Raum zu geben Veranlassung sein wird.

Schmiede.

Carlshöhe. In der am 24. Juni abgehaltenen Mit-gliederversammlung der Sektion der Schmiede wurden Klagen laut, die an die Deffentlichkeit gebracht werden müssen. In der Werkstätte von Schwab arbeitete ein Kollege, der dem Verband beigetreten ist; als nun Herr S. dies er-fuhr, wurde der Kollege hinarirt, ja sogar thätlich angegriffen. Es sind dort noch zwei Wagner im Geschäft, die von Herrn Schwab so gut abgerichtet sind, daß sie, wenn es gilt einen Druck auf die Schmiede auszuüben, sofort bei der Hand sind. Einmal drohte Herr S. dem Kollegen auch mit Schlägen, als dieser das Weite suchte, ergriff Herr S. den Wasser-schlauch und spritzte auf ihn zu und die Herrn Wagner mußten ihn einholen und mit Schlägen bearbeiten. Wenn Herr S. glaubt, durch solche Behandlung die Kollegen vom Verband abzuhalten, so ist er sehr im Irthum. Aber wie kleinlich sieht das aus, wenn sich Meister so weit vergehen! Wir möchten nun die Kollegen ersuchen, diese Werkstätte zu meiden bis Herr S. zur Besinnung kommt. — Wie den hiesigen Kollegen bekannt sein dürfte, haben wir uns in letzter Zeit damit beschäftigt, an die Herren Meister Forderung zu stellen, um den Mißständen in hiesigen Werkstätten etwas

zu steuern. Durch rege Agitation ist es uns auch gelungen, mehrere Kollegen für den Verband zu gewinnen, aber viele sehen uns noch fern, hauptsächlich die älteren. Unsere Hauptforderungen sind: 1. Luständige Arbeitszeit 2. Abschaffung von Kost und Logis, 3. 10 Proz. Lohnerhöhung. Diese Forderungen sind gewiß zeitentsprechend und könnten auch durchgesetzt werden, wenn die Kollegen einigermassen Zusammenhalt zeigen. Da wo Kost und Logis beim Meister noch besteht, existieren auch sonst die schlechtesten Zustände, da die Arbeitszeit auf 12-14 Stunden ausgedehnt wird. Unsere obigen Forderungen waren bereits vor zwei Jahren an die Herrn Meister gerichtet, und erzielten wir damals auch theilweisen Erfolg. Warum müssen wir dieselben Forderungen jetzt wieder stellen? Weil die Karlsruher Schmiede sich ihrer traurigen Lage noch nicht bewußt sind und das damals Erzielte nicht hochgehalten haben. Kollegen, das muß anders werden, wenn Ihr Euer traurigen Verhältnisse einigermassen verbessern wollt. Wenn ein Schmied nach 2-3 Jahren Beirzeit täglich 12-14 Stunden für M 2,40 bis M 2,80 arbeitet, so ist das doch unerhört, da sind uns ja die hiesigen Stadttagelöhner noch voraus. Darum, Kollegen, agitirt für den Verband.

Münberg. Die Fuß- und Wagenschmiede traten am 10. Juli wegen Nichtbilligung der 10stündigen Arbeitszeit (bisher 12 und mehrstündig) seitens der Meister in den Streik ein. Bis jetzt haben ja 60 Mann die Arbeit eingestellt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Zinngießer.

Münberg. Am 30. Juni tagte eine allgemeine Zinngießer-Versammlung zur Entgegennahme des Resultats über die den Meistern gestellte Forderung. Wie in Nr. 27 bereits erwähnt, konnte konstatiert werden, daß 6 Unterschriften einliefen und ein Brief seitens der Herrn Meister (von elf solchen unterzeichnet) mit abschlägigem Bescheid. Der Brief in seiner ganzen Fassung ließ sofort den Autor erkennen, denn während der Vorlesung denselben vorlas, ertönte mehrmals der Name „Strählein“. Wir können es auch nicht übergehen, den Inhalt des Briefes etwas näher zu betrachten. Es wird darin u. A. der eigentliche Grund unserer Forderung den Müllschlepper Kollegen untergeschoben (ein alter Radenhalter des Herrn Strählein), unter Hinweis auf einen Artikel der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung in Nr. 19. Es muß ein jeder Kollege, der seinen Artikel der Müllschlepper Kollegen liest, zugeben, daß diese Unterstellung unserer Meister hinfällig ist. Der Autor des Briefes führt weiter an, daß unsere Müllschlepper Kollegen mit ihren Arbeitsgebern Hand in Hand gehen, auch wir haben solches angestrebt und verweisen auf die Versammlung vom 19. März, die wir lediglich deshalb auferäumten. Wir warteten aber bis heute vergebens auf Einlösung des damals gegebenen Wortes der Herren Meister. Wir machten uns wiederholt vorstellig bei den Kaufleuten, heißt es weiter, wobei uns erklärt wurde, daß durch eine Preiserhöhung unsere Artikel aus der Musterkollektion gestrichen werden, die unauslösbliche Folge ist, daß wir unsere Gehilfen nicht mehr beschäftigen können. Gätten wir natürlich gewünscht, daß die Herren Meister nur arbeiten lassen, damit wir untergebracht sind, so wären wir ja nicht mit einer Forderung an sie heranzutreten, denn das ist doch in diesem Falle eine Todesünde. Nicht wahr, Herr Canis? Zugang ist streng fernzuhalten!

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg.) Bekanntmachung.

Die rapide Zunahme unserer Kasse an Mitgliedern und Verwaltungsstellen macht die weitere Anstellung eines Hilfsarbeiters im Bureau der Kasse nothwendig. Mitglieder, welche auf diesen Posten reflektieren, der mit 145 M monatlich besoldet wird, werden ersucht, eine selbstgeschriebene Offerte, welche auch die Hauptnummern des Mitgliedsbuches enthalten muß, spätestens bis zum 25. ds. Monats an die Hauptverwaltung einzusenden.

Da in letzter Zeit die Erfahrung gelehrt hat, daß unsere Kasse durch neu beigetretene Mitglieder ganz unüberhältnismäßig ausgebeutet wird, so machen wir den Ortsverwaltungen zur Pflicht, in allen Fällen, in denen ein Mitglied sich mit oder bald nach Ablauf der 13wöchigen Karenzzeit krank meldet, abgesehen von Unfällen, sofort Erkundigungen einzuziehen, ob der Betreffende nicht schon vor seinem Beitritt mit einer Krankheit behaftet war, die er bei seinem Beitritt verschwiegen hat. Wird konstatiert, daß der Betreffende schon vor seinem Beitritt krank war, so ist dem Vorstände Bericht zu erstatten und bis zur Entscheidung desselben kein Krankengeld an das betreffende Mitglied zu zahlen.

Hamburg, 7. Juli 1899.

Mit Gruß

Der Vorstand.

Der Beitritt von Faber Klein, geb. zu München am 16. Januar 1877, Mechaniker (106843) ist bewilligt; derselbe ist beigetreten in Lindau (Bodensee) am 1. resp. 3. Mai 1899, ist von Lindau abgereist. Sein Aufenthaltsort ist uns unbekannt. Sollte Klein in einer Filiale sich anmelden, so ist ihm sein Mitgliedsbuch abzunehmen und uns einzusenden. 2 M für Beitritt und 2 Wochenbeiträge à 50 J sind gegen Quittung zurückzuzahlen.

Rundschau.

Etwas Entscheidendes ist anlässlich des Herner Ausstandes geschehen. In Stumm's Leitblatt „Post“ ist zu lesen: Die Verstärkung des Schutzes der Arbeitswilligen ergibt sich umso mehr als eine Nothwendigkeit, als die Streikenden stets neue Listen erfinden, um der behördlichen Aufsicht und den Gesetzen sich zu entziehen. Wie jetzt bekannt wird, haben die Polen bei dem Ausstand in Herner einen neuen Kniff angewandt: sie veranstalteten Versammlungen und Beratungen in den Gruben. Man braucht da keine Anmeldungen, es kommt keine Aufsichtspolizei, und eine Auflösung kann selbst bei aufreizendster Sprache nicht

stattfinden. Diese neue Erscheinung wird, wie man der „Köln Btg.“ schreibt, immer in ihrem tatsächlichen Bestande dadurch festgestellt, daß die ganze Belegschaft eingefahren ist, und trotzdem die Förderung stakt. Dies war am Freitag und Sonnabend der Fall, und auch für gestern wurden ähnliche Besprechungen vermutet, so daß Beschlüssen dem nächsten Tagen mit Beiruhigung entgegenzusehen.“ — Das ist, bemerkt dazu der „Vorwärts“, in der That eine so schaurige Erscheinung, daß Herr Arendt bei der zweiten Beratung der Buchhausvorlage den Zusatzparagrafen beantragen wird: „Bergarbeiter, die unter Tage ohne polizeiliche Genehmigung mit einander reden, werden mit Buchhaus nicht unter 5 Jahren bestraft.“ Am Ende veranstalten die Leute, wenn der Terrorismus derart um sich greift, noch in der Grube Tanzkränzchen, ohne daß die Polizei es gestattet hat. Kann so etwas in einem geordneten Staatswesen geduldet werden? Nein, und abermals nein!

Wie den Arbeitern die Ausübung ihrer gesetzlichen Rechte unmöglich gemacht wird, dafür liefern gewisse Vorkommnisse in Sürth bei Köln Beweise. Anfang März d. J. trat eine Anzahl dortiger Former dem Zentralverband der Former bei und wählte zur Führung der Geschäfte und der Korrespondenz mit dem Hauptvorstand einen Vertrauensmann. Der zuständige Ortsbehörde, Bürgermeister Steifel in Hudenkirchen, wurde hievon Mittheilung gemacht unter Angabe des Orts und der Zeit der Versammlungen und unter Beifügung eines Statuts. Damit war den gesetzlichen Bestimmungen Genüge geleistet. Die Behörde war darüber allerdings anderer Ansicht. In der am Himmelfahrtstage zur Beitragserhebung stattfindenden Zusammenkunft erschien ein Polizeisergeant in Begleitung des Feldhüters und forderte ein Duplikat der Statuten, sowie M 1,50 Stempelgebühren für ihre Genehmigung. Eine Belehrung darüber, daß diese Forderung jeder gesetzlichen Grundlage entbehre, da die Statuten einer Genehmigung durch den Bürgermeister nicht bedürften, blieb erfolglos. Unter Protest wurde dem Beamten schließlich der fragliche Betrag ausgehändigt. Einige Tage später wurde die Einreichung eines Mitgliederverzeichnisses gefordert, dann die Einreichung der Namen der Vorstandsmitglieder. Beides wurde natürlich abgelehnt unter Hinweis darauf, daß kein Verein und folglich auch kein Vorstand bestände, die Former vielmehr als Einzelmitglieder dem Verbande beigetreten seien. Das erschien aber dem Feldhüter völlig unfaßbare Dinge zu sein; im Bewußtsein seiner Amtswürde erklärte er schließlich, daß ihm von jeder Versammlung, die stattfinden solle, Mittheilung zu machen sei. Um den fruchtlosen Auseinandersetzungen mit dem Feldhüter ein Ende zu machen, begab sich der Vertrauensmann zum Bürgermeister. Dieser erklärte, er müsse auf einem vereinsgesetzlich vorgeschriebenen Vorstand bestehen. Nachdem der Vertrauensmann das Unzutreffende dieser Forderung unter Hinweis auf die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen nachgewiesen und auf nochmalige Deklamation der für Stempelgebühren gezahlten M 1,50 gedrungen hatte, erklärte der Herr Bürgermeister schließlich, er habe mit derartigen Sachen noch nichts zu thun gehabt und müsse den Fall erst studiren. Später erfolgte dann die schriftliche Aufforderung an den Vertrauensmann, entweder ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder einzusenden oder jede einzelne Versammlung anzumelden. Mittlerweile machte der Wirth, bei dem die Zusammenkünfte stattfanden und wo sich auch eine Zahlstelle des D. M. V. gebildet hatte, die Mittheilung, daß er kein Lokal für derartige Zwecke nicht mehr hergeben könne. Auf eindringliches Befragen nach den Gründen erklärte er schließlich, der Bürgermeister habe ihm derartige Vorstellungen gemacht, daß er die Vergabe des Lokals nicht mehr wage. Der Polizeisergeant habe die strengste Ueberwachung des Lokals angeordnet und der Pfarrer habe in einer Vorstandsitzung der Raiffeisen'schen Spar- und Darlehenskasse erklärt, er werde die ganze Gemeinde vor dem Lokale warnen. Der vor Kurzem gegründete, natürlich unter der Ortsgeistlichkeit stehende katholische Männerverein, aber auch die hiesige Hirsch-Duncker'sche Gewerkschaft verhängten den Boykott über das Lokal. Nun ging's auf die Suche nach einem neuen Lokal. Die Wirthse verhielten sich ablehnend. Einer fürchtete die Kundtschaft der feineren Leute, Fabrikanten usw. zu verlieren; der Andere meinte, es handle sich um sozialdemokratische Vereine, denen er sein Haus nicht öffnen könne; ein Dritter erklärte, er wolle mit dem Verein nichts zu thun haben, da er vom Bürgermeister gewarnt worden sei.

Das Ergebnis des bürgermeisterlichen Studiums in der fraglichen Angelegenheit wurde dem Vertrauensmann der Former in folgender Weise bekannt gegeben: Er, der Bürgermeister, glaube einerseits nicht, daß die Agitation für den Verband gestattet sei, andererseits sei aber Sürth auch nicht der geeignete Boden für derartige Sachen, ihm sei z. B. die Sürther Maschinenfabrik als eine der humanitären Unternehmungen bekannt. Gesesekunde schwach — wäre demnach die dem Herrn Bürgermeister gebührende Zensur! Ob und wo die Arbeiter von ihrem Vereinsrecht Gebrauch machen wollen, hängt nur von ihnen selbst, nicht aber von der Ansicht des Bürgermeisters ab, dessen Aufgabe gegenüber der Agitation der Arbeiter nur darin besteht, etwaige Vergehen gegen die gesetzlichen Bestimmungen zur Anzeige zu bringen. Alles was darüber hinaus geht, bedeutet eine strafbare Verletzung der Amtsbefugnisse. Das sollte nicht nur jeder Bürgermeister, sondern jeder Polizeibeamte und Feldhüter wissen.

Wit der gerühmten Humanität in der Sürther Maschinenfabrik hat es übrigens eine eigene Bewandnis. Die Strafverfügungen, die nur so auf die Arbeiter niedergelegt, sowie die Behandlung, der sie seitens der Meister und Beamten ausgeübt sind, liefern dafür einen eigenartigen Beleg. Ferner heßt die Ueberstundenarbeit, durch die die Arbeitszeit nicht selten auf 13 bis 15 Stunden pro Tag verlängert wird, wie auch die Sonntagsarbeit, gerade in dieser Fabrik in schönster Blüthe. Sind alle die Dinge dem Herrn Bürgermeister Steifel etwa unbekannt geblieben?

Die Schwierigkeit für die Organisation, hier Boden zu gewinnen, ist wie aus Vorstehendem ersichtlich, groß. Geistliche und weltliche Behörden; die Unternehmer suchen dies mit vereinten Kräften zu hindern; am Betrübensten ist, daß sich selbst Arbeiter dazu mißbrauchen lassen. Aber trotzdem verliert das kleine hier vorhandene Häuflein denkender Arbeiter den Muth nicht; auch hier wird und muß es endlich hell in den Köpfen werden, trotz alledem!

Die Massenarrestation in Dänemark. Die Einigungskammer in Kopenhagen hielt am 4. Juli ihre zweite Sitzung ab. Die Unternehmer haben wiederum eine Reihe von Forderungen aufgestellt, welche sie anerkennen verlangen, ehe sie die Ausperrung aufheben wollen. Ursprünglich hatten sie acht Punkte aufgestellt, heute stellen sie nur 11 (elf) neue Punkte auf, so daß sie nun im Ganzen 19 Streitpunkte gelöst haben wollen, ehe sie die Ausperrung aufheben. In dem einen der neuen Punkte verlangen die Arbeitgeber ein Mitbestimmungsrecht darüber, was in den Statuten der Gewerkschaften stehen darf. In gewissen Fällen dürfen die Gewerkschaften ihre Statuten nicht verändern, ohne die Erlaubniß der Arbeitgeber einzuholen. Weiter verlangen sie, daß das Stimmrecht in den Gewerkschaften nur denjenigen Mitgliedern zukommt, welche das Wahlrecht zum dänischen Reichstag haben. Alle im Auslande geborenen Arbeiter sollen als einzelner Einfluß auf ihren eigenen Verein haben. Und da das Wahlrecht zum bisherigen Reichstag erst mit dem 30. Jahre eintritt, und außerdem bei dem Genusse von Armenhilfe verloren geht, wird der überwiegende Theil der inländischen Arbeiter ebenfalls unmiündig gemacht. Die Arbeitgeber verlangen weiter, daß die Gewerkschaften eine Viertel Million Kronen deponiren sollen als Sicherheit dafür, daß die eingegangenen Verpflichtungen erfüllt werden. Schließlich verlangen sie, das Recht zu haben, zu jeder Zeit und ohne vorausgehende Verhandlungen eine Generalausperrung erklären zu können, und dieses „Recht“ sollen die Gewerkschaften anerkennen.

Es ist einleuchtend, daß nur aufgeblähter Kapitalisten-Hochmuth den Arbeitern einen solchen Lohn zu bieten magt, und es beweist klar und deutlich, daß es die Absicht der Arbeitgeber ist, die Arbeiter vollständig zu Sklaven zu machen, sowie deren Organisationen zu ruiniren. Und das Mittel, welches sie hiezu gebrauchen wollen, ist die Hungerpeitsche. Deshalb wollen sie die Ausperrung nicht eher aufheben, bis die Arbeiter ausgehungert sind. In der Sitzung am 4. Juli wurde selbstredend kein Resultat erzielt. Auch am 5. Juli fand eine lange und resultatlose Sitzung statt. Die Delegirten der Arbeiter wiesen selbstverständlich die rückwärts und die Arbeiter erniedrigenden Forderungen der Arbeitgeber auf das Schärfste zurück und erklärten, nur um solche Forderungen von Seiten der Arbeitgeber verhandeln zu wollen, welche mit der Würde der Arbeiter vereinbar sind. Gleichzeitig hielten sie die Forderung des neunstündigen Arbeitstages und eine mit der Verkürzung der Arbeitszeit im Verhältniß stehende Erhöhung des Lohnes aufrecht.

Da es von Tag zu Tag in einem steigenden Grade konstatiert werden kann, daß die Arbeitgeber durch ihre Theilnahme an den Verhandlungen der Kammer nur ein verächtliches Komödientenspiel treiben zu dem Zweck, die Zeit so viel als möglich hinauszuziehen, wird es kaum recht lange dauern, ehe man jeden Versuch, die Ausperrung auf diesem Wege zum Abschluß zu bringen, aufgeben wird.

Die Arbeiter sind demnach vollständig im Reinen damit, daß sie den erbitterten und hartnäckigen Kampf, welcher uns durch den Uebermuth der Arbeitgeber aufgezwungen worden ist, noch lange Zeit zu führen haben. Die Ausgesperrten sind fortwährend guten Muths, im Vertrauen darauf, daß die notwendige pekuniäre Hilfe aus dem In- und Auslande nicht ausbleiben wird.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck' Verlag) ist soeben das 41. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Kaiser und Parlament. — Prof. Vogt und die Impffrage. Von Dr. Siegfried Rosenfeld. (Schluß.) — Der Ursprung der Idee des Gerechten und Ungerechten. Von Paul Lafargue. (Fortsetzung.) — Der auswärtige Handel der Vereinigten Staaten im Jahre 1898. Von W. Beer. — Ersparnisse bei Anwendung von Druckluft in der Technik. Von P. M. Grempe. — Feuilleton: An der Schwelle des neuen Jahrhunderts. Eine naturwissenschaftliche Ueberschau von Dr. Friedrich Knauer.

Der in seinem 24. Jahrgang vorliegende **Neue Weltkalender für das Jahr 1900** (Hamburg, Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co.) enthält u. A.: Kalendariu. — Postwesen. — Statistisches: Die Reichstagswahlen 1898. — Rückblick. — Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Meister Wolfram und seine Ehre. Erzählung von Robert Schweißel (mit Illustrationen). — Aus der Jugendzeit. Von W. Liebknecht. — Die Entwicklung des Kalenders. Von Dr. B. Vorchardt. — Aus fernem Jahren. Gedicht von Fr. Diederich. — Der die Harnherzigkeit an ihm that. Von E. S. Diefenbach (mit Illustrationen). — Der dumme Christian. Von Börge Jausen. — Die sibirische Eisenbahn (mit Illustrationen). — Auch Einer! Gedicht von Subw. Lessen. — Jakob Lindorf (mit Portrait). — Hausmittel. Von Dr. Ernst Schneider. — Das Reich des Mahdi. Von Max Schippel (mit Illustrationen). — Die Erringung der Koalitionsfreiheit in England. Von Hugo Poetsch. — Mittag auf westfälischer Heide. Gedicht. — Paul Grottkau (mit Portrait). — Das Recht. Gedicht von Ernst Brezang. — Die zehn rothen Thaler. Von Emil Rosenow. — Fliegende Blätter. — Für unsere Hühnerlöcher. — Auflösungen der Räthsel. — Trächtigkeit- und Brützelkalender. — Hierzu vier Kupfer: Heimkehr vom Felde. — Die Schmiede. — Kleine Poststation in Thüringen. — Jägerhakeln. — Ein Bild auf Kunstdruckpapier: „Wieb Ruh!“ — Ein Wandkalender.

Soeben erschien im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, und ist durch die Expedition unseres Blattes zu beziehen: **Die Buchhaus-Vorlage vor dem Reichstage.** Stenographischer Bericht der Reichstags-Verhandlungen. 192 S. gr. 8o. Preis 25 J. Porto 10 J. Trotz der Niederlage der Regierung ist die Gefahr der Buchhausvorlage nicht beseitigt; mit allen Mitteln suchen die Scharfmacher die öffentliche Meinung über den Charakter der Vorlage hinwegzutäuschen, obgleich aus dem Wortlaut, den Motiven, der famosen Denkschrift und ganz besonders aus den Reden der Minister für uns unzweideutig hervorgeht, daß die Folgen dieses Gesetzes die Aufhebung der Koalitionsfreiheit, das Verbot und die Unterdrückung jeden Streiks, jedes Lohnkampfes wäre. Das mußten sogar die Vertreter der kürgerlichen Parteien zugeben. Deshalb wird

die Verbreitung dieser Verhandlungen für unsere Agitation reiche Früchte tragen.

Einem neuen Tendenzroman beginnt die im Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“...

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

- Barmen. Am 22. Juli. Berlin. Vertrauensmännerkonferenzen: Mittwoch, 19. Juli, Abends halb 9 Uhr...

- Heusatz a. O. Sonnabend, 22. Juli, Abends halb 9 Uhr, in Pauls Restaurant, Friedrichstr. 44. Vortrag des Kollegen Köhler.

- Fraunschweig. Karl Drechsler aus Wieda, zuletzt in Braunschweig, H.-Nr. 269862, wird aufgefordert, betreffs des Prozesses Garzer Werke unbefangt seine Abreise bekannt zu geben.

Öffentliche Versammlungen. Dessau. Sonnabend, 15. Juli, Abends halb 9 Uhr, in Gilenberg's Salon öffentliche Metallarbeiter-versammlung.

Zentral-Arbeitsnachweis der Feilenarbeiter Deutschlands, Stuttgart, Redarstraße 160, I.

Bei Gesuchen um Zuweisung von Arbeit ist Vor- und Zuname, Geburtsort, Alter und Familienstand (ob ledig oder verheiratet), sowie die Art der bisherigen als auch der gewünschten Arbeit anzugeben.

Privat-Anzeigen.

Tiefenmaße. gef. gesch., immer in die ursprüngliche Lage zurückfedernd außerst sauber. Stück 4 M. Bei Entnahme von Dsd. und Händler hohen Rabatt.

Zum Schutz der Organisation gründete sich am 18. März 1891 nach dem 16wöchentlichen Kampfe der Tabakarbeiter um ihr Koalitionsrecht die Tabakarbeiter-Genossenschaft in Hamburg.

Die Genossenschaft zahlt keine Dividende; den von derselben Beschäftigten wird ein anständiger Lohn bezahlt; bei einer evtl. Auflösung fällt das Vermögen an die Tabakarbeiter-Organisationen.

Klempnerei. Die in Rötchenbroda seit 21 Jahren bestehende, flott gehende Klempnerei Meißnerstraße 43 B, für Bau-, Wasser- und Klosettanlagen, verbunden mit größerem Ladengeschäft ist sofort Familienverhältnisse halber billig gegen Kasse zu verkaufen.

Dreher. Die in Rötchenbroda seit 21 Jahren bestehende, flott gehende Klempnerei Meißnerstraße 43 B, für Bau-, Wasser- und Klosettanlagen, verbunden mit größerem Ladengeschäft ist sofort Familienverhältnisse halber billig gegen Kasse zu verkaufen.

Restaurant zu den „zwei Linden“ Leipzig-Lindenau, Carl Heinestraße Nr. 70. Inh.: Emil Weiske

Die Ortsverwaltungen und Kollegen werden ersucht, dem Unterzeichneten die Adresse des Klempners Karl Reinhold Entschel, geb. 17. Januar 1870 zu Leipzig-Kleinmücheln, wegen dringender Familienangelegenheiten mitzuteilen.

Die Ortsverwaltungen und Kollegen werden ersucht, dem Unterzeichneten die Adresse des Klempners Karl Reinhold Entschel, geb. 17. Januar 1870 zu Leipzig-Kleinmücheln, wegen dringender Familienangelegenheiten mitzuteilen.



Seherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter. (Auch Tourenbuch für Radfahrer!) Ueber 2000 Reise-Nomeren. 1 Eisenbahn- u. 2 Straßenarten. Gebd. M. 1,50.

An alle Ortsverwaltungen des D. M.-B. richten wir die dringende Bitte, doch möglichst nur solche Adressen oder Herbergen für den Zeitungsverband angeben zu wollen, welche nicht zu vielen Änderungen unterworfen sind, als wie dies in letzter Zeit der Fall war.